

# Sozialdemokratisches Volksblatt

Sozialdemokratische Tageszeitung

Halle und den Bezirk Merseburg

Das „Volksblatt“ erscheint mit täglichen Beilagen. Es ist Substitutionsorgan gemerktschaftlichen Organisations- und amtlicher Organisationsstellen. Die Redaktion befindet sich in Halle (Saale), Marktstraße 4. Fernsprechnummer: 2467, 2468, 2469. Beilagen: 13 bis 14 Uhr. — Unentgeltlich eingesandene Manuskripte in Halle bis zum 15. April 1932.

**Preußenwahl von 8 bis 5 Uhr**  
Nicht bis 6 Uhr, wie bei der Präsidentenwahl. Beachtet den früheren Schluß, damit keine Stimme verlorengeht!

Bezugspreis monatlich 1,50 und 0,30 RM. Subskriptionsgebühren, insgesamt 2,10 RM. für Arbeiter wöchentlich 0,40 RM. Belegpreis 2,10 RM. durch Postboten ausbezahlt 2,20 RM. bei direkter Bestellung an den Verlag 2,40 RM. — Einzelhefte 10 Pf. im Einzel- und 50 Pf. im Rahmenpreis der Zeitungsvertriebsstelle: St. Markstraße 4, Fernruf 2467, 2468. Belegpostamt 2910 Erfurt.

## Severing ruft zur Wahl „Es geht um Freiheit und Brot!“

Der preussische Innenminister Severing erläßt die folgende Wahlauzweigung:

Zum dritten Male in wenigen Wochen wird die Bevölkerung Preußens zur Abstimmung gerufen, um mit ihrer Stimme ihren Willen nach Formung des öffentlichen Lebens kund zu tun. Jeder — ob Mann oder Frau — trifft mit seinem Wahlzettel eine bedeutungsvolle Entscheidung, die weit in die Zukunft hineinwirkt. Das Stimrecht, das der Volkstaat allen Staatsbürgern verliehen hat, ist nicht nur ein hohes Recht, sondern eine ebenso vornehme Ehrenpflicht, die geübt werden muß um allen Bewußtsein der Verantwortung, die jeder einzelne durch die Stimmabgabe für eine politische bestimmte Richtung übernimmt.

Wahlzettel sind Meilensteine im Leben eines Volkes, auch in normalen Zeiten. Wieviel mehr aber bedeuten sie in einer Zeit staatlichen Verfalls, in einer Zeit, da Not und Elend auf Millionen lasten. Nur aus den heutigen Zuständen der Sorgen und Nöte ist es zu erklären, daß Arbeiter und einfache Droppeten aus Massen des Volkes an ihre Fäden zu ziehen vermögen. Aber trotz aller Sorge, trotz Elend und Verarmung hat bei der Reichspräsidentenwahl die übermäßige Mehrheit des deutschen Volkes gezeigt, daß die Stimme der Vernunft und der politischen Einsicht stärker war, als das Brandwerk der Volkverführer und Demagogen.

Am 24. April soll ihr, Volksgenossen, darüber entschieden, ob der im November 1918 entstandene Volksstaat Preußen, der seine Privatarmeen daheim, der Verfassung und Gesetz von keiner Seite anfallen läßt, auch in Zukunft ein Staat sein soll, in dem Demokratie und Republik nicht Worte ohne Inhalt sind. Wollt ihr, daß die umwälzenden Pläne der Nationalsozialisten, die bisher an der Disziplin der Massen gehindert sind, durch die Ergebnisse des 24. April zur Wirklichkeit werden? Bei der Reichspräsidentenwahl ist der erste Akt der Revolution abgeschlossen, aber die Gefahr ist noch nicht beseitigt. Gegen Preußen geht der Angriff, um die Grundlagen zu

beseitigen für die Gleichberechtigung aller Staatsbürger, um die Regierung zu stärken, deren Zusammenziehung die Gewähr für Ordnung und Sicherheit und damit für den Bestand der Sozialgesetzgebung, des Tarif- und Koalitionsrechts und der Organisationsfreiheit gibt.

Täuschen wir uns nicht: die Reaktion der Hursburger Front haben die Hoffnung, die allen Vorzeichen des Scheiterns — dem Kaiserthron der Preußen wieder errichten zu können. Sie vertrauen dabei auf die Kommunisten, die ihnen bei ihrem Vorhaben wie schon so oft, bewußt und unbewußt die Feigigkeit halten werden.

Volksgenossen! Mit Recht gilt das Preußen von heute als die stärkste Bastion der Republik. Wer Preußen hat, hat auch das Reich! Dieser politische Satz der Vorkriegszeit hat zum guten Teil auch heute noch seine Berechtigung. Deshalb gilt es, mit aller Kraft sich jetzt in den Kampf gegen die Radikalen von rechts und links zu stellen! Deshalb gilt es, die Herzen mit Begeisterung zu erfüllen, um die großen Ziele zu erreichen, denen der Kampf gilt! Ein Anfang ist gemacht! Die feste Anwartschaft der beiden Massen des arbeitenden Volkes hat sich nicht nur zur Verteidigung, sondern auch zum Angriff zusammenschlossen. Vorwärts in diesem Kampf! Es geht um Freiheit und Brot, es geht um die heiligen Ideale, für die die Besten unseres Volkes aus früheren Generationen freudig Opfer um Opfer gebracht haben. Die Entscheidung des 24. April, Volksgenossen, muß fallen für das demokratische Preußen, für die Republik, damit der Weg frei wird für die Befreiung der Welt, für die Befreiung unter den Völkern Europas. Wir wollen keine Politik der Schamlosen, keine Politik von Maulreden und Besserwissern! — Darum scheidet durch eure Stimmabgabe die errungenen demokratischen und sozialen Rechte, damit es in harter, harte Arbeit vorwärts geht, hinauf in eine hellere und bessere Zukunft!

### Otto Braun im Rundfunk

Amlich wird mitgeteilt: Ausgehend von dem Standpunkt, daß im Volksstaat die Staatsbürger vor der Wahl Anspruch darauf haben, einen Rechenschaftsbericht der amtierenden Regierung zu erhalten, wird, wie der Amliche Preussische Pressedirektor, Ministerpräsident Dr. Braun am Sonnabend, dem 23. April, 7 30 Uhr, über sämtliche preussische Sender über die Arbeit der preussischen Staatsregierung in den Jahren 1928 bis Anfang 1932, also bis zum Schluß der Legislaturperiode des jetzigen Landtags, sprechen.

### Erster Abrüstungsbeschluß Entschließung der Generalkommission der Genfer Konferenz

Genf, 19. April. (Eigenbericht.) Die erste Abstimmung der Abrüstungskonferenz brachte in der Generalkommission die Entscheidung, daß die Herabsetzung der Rüstungen soll einmal, sondern in Etappen erfolgen soll und zwar nach einer ersten entscheidenden Verminderung. Die Generalkommission nahm einstimmig folgende Entschließung an: „Auf Grund des Ergebnisses der Aussprache in der Abrüstungskonferenz ist die Generalkommission der Meinung, daß die Herabsetzung der Rüstungen, so wie sie im Artikel 8 des Völkerbundespaktes vorgesehen ist, progressiv durch Resolutionen verwirklicht werden muß, die in annehmbaren Zeitabständen aufeinanderfolgen sollen, nachdem die generelle Konferenz den ersten entscheidenden Schritt der allgemeinen Herabsetzung auf das niedrigste mögliche Maß getan haben wird.“

Sicherheit und den Verpflichtungen für ein internationales gemeinsames Vorgehen auslegen sollte. Sofort erklärte Vintinon, daß er nach dieser Interpretation weder Form noch Inhalt der Entschließung annehmen könne. Titulescu forderte ihn gerezigt auf, seine Konsequenzen zu ziehen, wenn er sich den Bestimmungen des Völkerbundespaktes nicht anschließen wolle. Sondern so schloß schließlich jede Interpretation beiseite und ließ über den Text abstimmen, mit dem Erfolg, daß unter fürnürlicher Heiterkeit von Vintinon bis Titulescu alle dafür waren.

Das Redaktionskomitee der Generalkommission der Abrüstungskonferenz hat am Dienstag auch die zweite Entschließung zur Festsetzung des Prinzips der Rüstungsherabsetzung einstimmig gefaßt. Damit ist ihre Annahme in der Generalkommission am Mittwochvormittag gesichert.

In einer besonderen Erklärung betonte Vintinon, daß sich Russland durch seine Mitarbeit in keiner Weise an den Völkerbundespaht gebunden fühle.

### Was Hitler leugnen will

Drei ausländische Journalisten gehen den „Führer“

Die drei ausländischen Berichtserstatter sind: Edgar A. Mower und Selson Delmar übergeben der Öffentlichkeit folgende Erklärung: „Am 14. d. M. empfing Herr Adolf Hitler drei der untergezeichneten Journalisten (S. A. Knickerbocker, Edgar A. Mower und Selson Delmar um 2 Uhr nachmittags im Hotel „Aster“ zu einer Unterredung über das Verbot der SA und SS. Eine Fragebogen mit fünf Fragen wurde von uns ausgestellt und durch Herrn Dr. Hanfstaengl, dem Auslandspressesekretär der NSDAP, Herrn Adolf Hitler vorgelegt.“

Herr Hitler erklärte sich bereit, uns gegenüber die Fragen zu beantworten. Dr. Hanfstaengl war während der ganzen Dauer der Unterredung zugegen.

Eine der an Herrn Hitler gestellten Fragen lautete: „Glauben Sie, daß die deutsche Regierung bei dem Verbot der SA, ausländischen Druck ausgesetzt hat?“

Hierauf antwortete Herr Hitler: „Ja. Nach meiner Überzeugung ist das der Fall gewesen. Schon vor einem Jahr ersuchte die französische Regierung Dr. Brüning um die Auflösung der SA. Dr. Brüning sagte zu. Er konnte aber erst jetzt sein Verprechen erfüllen.“

Darauf warf Herr Selson Delmar die Frage ein: „Haben Sie für diese Behauptung Beweise, Herr Hitler?“ Herr Hitler antwortete: „Nein, ich habe keine Beweise dafür.“

Diese Feststellung der drei Journalisten ist gerade zu vernehmend für Hitler, der durch seinen Rechtsbeistand der Öffentlichkeit mitteilen ließ, die Behauptung, er habe das Verbot der SA, auf französischen Druck zurückgeführt, sei eine „Lübe Nachrede“, zu deren Aufklärung er ein Disziplinarverfahren gegen sich und Klage gegen die Berichterstatter anstrengen werde.

### Die wirklichen Verräter Besessene Kommunisten

Das schwedische kommunistische Organ „Arbets Dagbladet“ hat den Versuch gemacht, es hat 135 000 schwedische Kronen erhalten. 200 000 schwedische Kronen hatte Kreuzer für diesen Zweck bereitgestellt. Einer der Direktoren Kreuzers hat die Tatsachen vor der Polizei zugestanden. Er hat angegeben, daß es sich um eine Bestechungssumme gehandelt, daß man niemals mit einer Rückzahlung gerechnet hat.

Das kommunistische Parteiorgan Schwedens ist also vom größten Kapitalisten des Landes, der zugleich ein Betrüger und Fälscher war, gekauft worden! Heute noch erzählt die deutsche kommunistische Presse, Juar Kreuzer sei einer der schlimmsten Feinde Sowjetruhlunds gewesen, dessen einzige Schmachtdarbin stand haben, einen Interventionstrupp gegen Sowjetland zu entsenden. Von dem Mann, dessen Bild von den Kommunisten nach seinem Tode so geehrt wird, hat ein kommunistisches Hauptorgan Bestechungsgelder genommen!

Es ist annehmend, daß dieser gerissenste und faßlichste aus der kapitalistischen Schieberwelt sich vollständig im Klaren war über die Rolle, die die Kommunisten heute spielen! Vielleicht hat Kreuzer gedacht wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, als sie über die Kommunisten schrieb:

„Was die Kommunisten heute betrifft, so haben sie in bestimmten Grenzen für das staatspolitische Leben eine nützliche Funktion. Die Kommunisten müssen verhindern, daß die Sozialdemokratie übermächtig wird, sie sind für den kapitalistischen Staat so lange ein wertvolles Werkzeug, als sie als Pfeil im Pfeilsack der Sozialdemokratie wirken.“

Darum sollte Kreuzer ein so wertvolles Werkzeug für den kapitalistischen Staat nicht mit 200 000 Schwedenkronen lohnen?

Diese Schande nimmt den Kommunisten niemand wieder ab! Man muß es jedem Arbeiter, der zu den Kommunisten hält oder schwört, erzählen! Man muß diesen Pfeil der Korruption, diesen schändlichsten Verrat aufzeigen. Hier ist wirklich Verrat an den Interessen der Arbeiterklasse, Verrat am Sozialismus gefahren. Sie sind Verräter, die das Geld eines Großkapitalisten genommen haben, die sich haben kaufen lassen und diese Verräter sind Kommunisten!

Die Empörung darüber darf nicht auf Schweden beschränkt bleiben! Sie muß auch die deutschen Arbeiter ergreifen, damit rats, der kommunistischen Partei Deutschlands!

### 400 Menschen obdachlos!

Durch Großfeuer wurde ein Teil der mittelamerikanischen Stadt Welke (Sancti Spiritus der britischen Kolonie Guadalupe) zerstört. 400 Einwohner wurden obdachlos.

# Kampf um die „Iffe“-Kohle

## Willkürliche Autokratie des Finanzmannes

Der Dienstag brachte einen Großkampf für den deutschen Kohlenbergbau, wenn man will, für die gesamte öffentliche Wirtschaft. Es handelt sich um die Angelegenheit des Iffe-Braunkohlensyndikats, der im ostfälischen Braunkohlengrundgebiet maßgebend und größten Einfluß auf das ostfälische Kohlenprodukt ausübt. Das Reich hat durch die Iffe, die reichsweiten Industrievereinigungen zusammenfaßt, ein Viertel des Aktienkapitals der Iffe erworben. Das Reich hat natürlich ein Interesse daran, in den Ausschüssen der Iffe hauptsächlich zu kommen. Das wird dem Reich aber nicht ohne Mühe und Bemühungen der Iffe gelingen. Die Iffe hat 60 000 Stimmen repräsentieren. Auf Grund dieser Vorzugsaktien werden alle Anträge der Iffe abgelehnt. Der Stand hat die Tatsache, daß auf diese 12 Millionen Markt Iffe-Aktien heute und heute 3000 Markt eingezahlt worden sind.

Der Gegner der Iffe ist der Generaldirektor Friedrich Reinhardt, der die Iffe als Kommissar, aber ohne die Reichsgelder, mit denen seine Bank vor einigen Wochen saniert wurde, heute wohl zu den Privatiers in Deutschland zählen würde. Die Beziehungen Reinhardts, der auch in der Kagenellenbogen-Affäre eine mehr als jämmerliche Rolle gespielt hat, zu dem aus der Iffeschlossart stammenden Kohlenmagnaten Beiselt sind bekannt.

Auf der Generalversammlung der Iffe am Dienstag entwickelten sich die Dinge nun so, daß der Vertreter des Reiches und der Iffe, Reichsminister Beiselt, den Antrag stellte, daß die oben erwähnten 12 Millionen Markt Iffe-Aktien nicht mitstimmen dürfen, da das ungesetzlich sei. Generaldirektor Reinhardt sah, eben mit Hilfe der 12 Millionen Markt Iffe-Aktien, über diesen Antrag nicht einmal abstimmen. Dagegen wurde von dem Iffe-Deputierten Probst ein Protokoll gegeben, und es wird nunmehr zu einem Prozeß kommen, den das Reich und die Iffe ohne Zweifel gewinnen werden. Senation erregte in der Generalversammlung der Iffe die Darlegung des bekannten Aktienrichters Pinner. Pinner, ein Mann, der sich ein Menschenleben lang mit Aktiendingen beschäftigt hat, erklärte, daß das Vorgehen Reinhardts ungesetzlich und willkürliche Autokratie sei.

Man fragt, weshalb die Schärfe in diesem Kampf um die Iffe? Das Reich ist ohne Zweifel im Recht. Beiselt erkennt die Iffe-Beremung dieses Reiches nicht an? Friedrich Reinhardt und Komoren fragen, man müsse die Privatwirtschaft gegen das Eindringen der öffentlichen Hand schützen. Hier wird ein Schlagwort ausgegriffen, um persönliche Interessen zu verteidigen. Es handelt sich bei diesem Kampf nicht um die öffentliche Hand. Es handelt sich um die Millionen, die der ostfälische Kohlenmagnat Beiselt mit Hilfe der gegenwärtigen Verfallung des ostfälischen Braunkohlensyndikats einstreicht. Die gegenwärtige Verfallung des ostfälischen Braunkohlensyndikats ist so, daß Beiselt jährlich Millionen in den Schoß fallen, ohne daß er dafür etwas tut — zum Schaden der Verbraucher und des Handels.

Man wird Beiselt, Reinhardt und die Herren im ostfälischen Braunkohlensyndikat befehlen, daß die Bewirtschaftung der Kohle nicht dazu da ist, um ausländischen Grundbesitzern Millionenprofite zu verschaffen. Die Dinge sind in den letzten Tagen so weit gekommen, daß der Reich Iffe mehr die Angelegenheit des Iffe als die Angelegenheit des Reiches ist, sondern eine Angelegenheit der öffentlichen Meinung.

# Heißliche Entscheidungen

## Keine Landtagsauflösung / Kein Antrag für Aufhebung des C.M. Verbotes

Darmstadt, 19. April. (Eigenbericht.)

Der Heißliche Landtag lehnte am Dienstag gegen die Stimmen der Nationalsozialisten und Kommunisten die Anträge auf Auflösung des Reichs-Parlaments ab. Der nationalsozialistische Antrag, auf die Reichsregierung durch die heißliche Regierung dahin wirken zu lassen, daß das Verbot der SA und SS aufgehoben oder das Reichsbanner ebenfalls verboten wird, wurde abgelehnt. Die Kommunisten stimmten ebenfalls gegen diesen Antrag.

Der Abstimmung ging eine fünfstündige hitzerühmte Debatte voraus, in der Innenminister Weizsäcker zahlreiche Dokumente der Weizsäcker-Affäre vorlegte, die die Hausuntersuchungen in Hessen gefunden worden sind. Die Dokumente erklärten, daß und wie die militärischen Formationen der nationalsozialistischen Bewegung als Sport-, Regel-, Stafflubs usw. getarnt auch nach dem Verbot weiter bestehen sollten.

# Lebus gegen Goethe-Feiern

## Auf den Spuren von Kathilde Ludendorff

In der „Lebuser Zeitung“ liest man lange nach den Goethe-Feiern: „Goethe-Feiern in Lebus unermüdet. Da Goethe Bruder Freimaurer und Altimantordenbruder, also revolutionär, liegt für Lebus seine Veranlassung zur Vergötterung vor. Nebenbei will lieber Schamhaft des deutschen Dichters Schiller, der von seinen übernatürlichen Fähigkeiten bei Nacht in ein Wallengrab verbannt wurde, ohne daß die Witze erfuhr, wo die Gebeine des Gatten ruhten.“ Da sieht man die Spuren von Kathilde Ludendorff in Lebus. Lebus ist alles in Deutschland vordere. Nur schade, daß Ludendorff in Lebus nicht für die Reichspartei kandidiert hat. Dort hätte er sicher eine Stimme erhalten.

# Razi und Kozi-Niederlage in Fellach

Stuttgart, 19. April. (Eigenbericht.)

In der Stuttgarter Vorortgemeinde Fellach, wo der Bürgermeister neu gewählt wurde, erlitten Razi und Kozi einen schweren Reinfall. Der von den Nazis vorgeschlagene Stuttgarter Rechtsanwalt Gild erhielt nur 1220 Stimmen, während bei der Reichspräsidentenwahl im ersten Wahlgang auf Hitler 2348 Stimmen entfallen waren. Der kommunistische Kandidat erhielt fast und schreie 128 gegen 994 Stimmen, die Wahlmann am 10. April aufgebracht hat. Gewählt wurde der von der Sozialdemokratie unterstützte Kandidat Dr. Geiser mit 4586, also mit 77 Prozent aller Stimmen.

# Kritik an der sächsischen Polizei

Dresden, 19. April. (Eigenbericht.)

Die sozialdemokratische Fraktion hat im Sächsischen Landtag eine Anzahl Anträge gestellt, in denen die Regierung aufgefordert wird, für einen besseren Schutz der friedliebenden Bevölkerung durch die Polizei zu sorgen und gegen die Beamten, die ihre Pflicht nicht tun, vorzugehen.

# Sowjetstern, Hakenkreuz und Stahlhelm / In die Kommunisten

„Wir haben gegen die Zusammenwürfen mit den Kommunisten nichts einzuwenden, wenn die Kommunisten sich für die Richtigkeits und Vernünftigkeit der Sache einsetzen. Vor zehn Jahren nach der Ermordung Walter Rathenau haben Sozialdemokratie, freie Gewerkschaften und Kommunisten gemeinsam eine Entschließung vor die Öffentlichkeit gebracht, die ein Gesetz zum Schutz der Republik mit sofortigem Verbot und strenger Bestrafung jeder monarchistischen und jeder antirepublikanischen Agitation in Wort, Schrift und Bild forderte; ebenso Verhaftung aller derartigen Personen, die gegen die Gesetz zum Schutz der Republik verstoßen. Unterzeichnet haben das der damalige Fraktionsvorsitzende der Kommunisten Ernst Meyer und Käthe Scheller. Wenn die Kommunisten wieder so vernünftig wären wie damals, dann ist sofort die Einheitsfront der Arbeiter hergestellt. Solange sie aber wie am 8. August 1931 in dem mit Stahlhelm und Nazi zum Volksentscheid gegen Braun und Serrurier gehen, solange herrscht zwischen uns Krieg.“

Abg. Hellmann im Preussischen Landtag am 17. März 1932.

Weiterfragen!!!



# WÄHLT BRAUN-SEVERING SPD. bauernfeindlich?

Im Agrarprogramm der Sozialdemokratie heißt es: „Planmäßige Bodenreform, Befreiung der Abhängigkeit vom Großgrundbesitz, Schutz für die Klein- und mittelständlichen Betriebe, Befreiung der Zehntkommisse, Förderung der Siedlung.“

Demgemäß hat sich die Sozialdemokratie im Preussischen Landtag durchgesetzt, trotzdem sie dort gegenüber den anderen Parteien nur eine Minderheit darstellt. Bis spätestens 1. Juli 1933 sind sämtliche Zehntkommisse aufzuheben und rund 2 Millionen Hektar Land für Kleinbauern freizugeben. So haben z. B. in Westfalen 70 000 Dächter auf 100 Zehntkommisse gestiegen. Diese 70 000 werden jetzt selbständige Bauern. Von 1919 bis 1931 sind 42 842 Siedler auf 480 000 Hektar Land eingesetzt worden. 1931 entstanden in Preußen in jeder Woche 5 neue Bauern-Siedlungsdörfer. Durch Anliegerentwässerungen wurden 138 000 Kleingüter um 150 000 Hektar vergrößert. Für diese Reformen hat der Staat 600 Millionen Goldmark ausgegeben. Für die Einrichtungsgegenstände der Siedlungen gibt Preußen Kredite bis zu 4000 Mark, die zwei Jahre lang zinslos und dann mit 2½ Proz. verzinst und zugleich gelöst werden.

Zur Bekämpfung der Tierseuchen wurden 1913 1,5 Millionen ausgegeben, 1930 5,8 Millionen. Für die Landwirtschaft (Ministerkredit, Organisation des Viehbesitzes, Betriebsamteilung, Produktionsförderung, Ölpfandhilfe, Wohnungsbau, Wasserführung, Bodenverbesserung, Umweltschäden, landwirtschaftliche Schulen, Meliorationen, Wegebau usw.) hat die Landwirtschaft von 1924 bis 1929 1,5 Milliarden Mark vom Reich und rund 700 Millionen Mark vom preussischen Staat erhalten. Vom mitteleuropäischen Preußen wurden diese Gelder in der Hauptsache für die Kältern verwendet. „Preußen muß wieder preussisch werden“ lautet heute die Nationalsozialisten. Denkt daran, was das bedeutet!

Weiterfragen!!!

# Otto Braun in Frankfurt a. M.

Er spricht vor mehr als 20 000 Menschen

Frankfurt a. M., 19. April. (Eigenbericht.)

In der überfüllten Frankfurter Hofhalle sprach vor mehr als 20 000 Menschen der preussische Ministerpräsident Otto Braun. Er wandte sich gegen den Schmäherartikel des Senatspräsidenten Hellmann am Oberlandesgericht Frankfurt gegen den großen Reichspräsidenten. Er habe es nicht nötig, den Reichspräsidenten vor Beschimpfungen zu schützen, aber er müsse doch fragen: „Was wäre einem Richter passiert, der gegen den Völkerring Kaiser Wilhelm ähnliche Beschimpfungen ausgesprochen hätte. Vielleicht ist die republikanische Verfassung in der Gewährung von Freiheit etwas zu weit gegangen, als sie den Richtern Unabhängigkeit und Unverletzbarkeit garantiert.“ (Großer Beifall.)

Zu den Sperrmaßnahmen führte Otto Braun aus: „Es ist besonders schmerzhaft für mich, daß ich seit 40 Jahren für die kulturellen Fortschritte gekämpft habe, daß ich gezwungen werde, an einigen Stellen abzugeben. Aber ich bleibe an meinem Posten, damit nicht eine Hand breit mehr zurückgegangen wird, es ist die äußerste finanzielle Notwendigkeit erforderlich.“

Im Anschluß an die Rede Otto Brauns, dem mit nicht endenwollenden Beifall gebührt wurde, sprachen die beiden hessenschauischen Landtagsabgeordneten Professor Kölling-Frankfurt und Bezirksleiter Köhle-Frankfurt.

# APD. fordert Reichsbannerverbot

## Ein Antrag im badischen Landtag

Karlsruhe, 19. April. (Eigenbericht.)

Die kommunistische Fraktion des Badischen Landtags hat folgenden Antrag eingebracht: Der Landtag wolle beschließen: Die Regierung wird beauftragt, die parteipolitischen Selbstschutzorganisationen wie Reichsbanner (einschließlich Unterorganisationen), Eiserner Front, Baden-Wacht, Stahlhelm, Werwolf usw., im Bereich des Landes Baden sofort zu verbieten, da deren Tätigkeit der Aufrechterhaltung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung dient und dadurch gegen die Interessen der arbeitenden Bevölkerung verstoßen.

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands erklärt seinen Aufruf mit der feierlichen Anrede: Sozialdemokratische Arbeiter! Gewerkschafter! Reichsbannerkameraden! Rassen-genossen!

Das ZR. der APD. hat also die Freiheit, sich an Sozialdemokraten, Gewerkschafter und Reichsbannerkameraden just in demselben Augenblick zu wenden, in dem seine badische Landtagsfraktion das polizeiliche Verbot des Reichsbanners und der Eisernen Front beantragt!

# Ein Jahr Gefängnis für Wader

## Untersuchungshaft wird nicht vollstreckt

Unter außerordentlicher Beteiligung intersektierender Anwälte — auch Geheimrat Juffe und Dr. Thormelen waren erschienen — ordnete Landgerichtsdirektor Neumann gestern morgen das Urteil gegen den Angeklagten Kaufmann Otto Wader. Er wurde wegen fortgesetzten Betruges in Tateinheit mit schwerer Unterschlagung zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Von der Anklage des Plandiebstahls wurde er freigesprochen. Wegen dringenden Justizverfalls wurde gegen ihn die Untersuchungshaft verhängt, die jedoch unvollstreckt bleibt, solange sich Wader zweimal wöchentlich im zuständigen Polizeirevier meldet.

Der Urteilsbegründung stellte der Vorsitzende unter anderem fest, daß auf Grund der einstimmigen Sachverständigenurteile und der eigenen Anschauung des Gerichts an der Unschuld von dem Waderigen von Wogah gar kein Zweifel sein könne. Die Sachverständigen Rohrbogen und de la Halle schreiben aus: Sie haben keinerlei Schrift über gefälschte Bilder Erbschaftsaktien erhalten. Die holländischen Sachverständigen Bremmer und Ederman waren unter allen Umständen sachkundig und objektiv. Ihre Versicherung für von Wogah ist aber beratt, daß ihnen in diesem Falle Vermittler unterliegen konnten. Das Gericht hat sich dem Wogah der Sachverständigen Juffe, Dr. Thormelen und Rubemann angeschlossen. Es ist auch auf Grund der demselben und räumlich-zeitlichen Untersuchung der Ansicht, daß auch sieben weitere Bilder gefälscht sind.

# Mellefienrat am Dienstag

Der Mellefienrat des Reichstages ist zu einer Sitzung auf Dienstag, den 26. April, nachmittags 5 Uhr einberufen worden. Auf der Tagesordnung steht die Festlegung des Termins der nächsten Reichstags-sitzung.

# 17 Bergwerksopfer

Bei einem Feuer in einem Glimmerbergwerk in der vorderen indischen Provinz Hazaribagh kamen 17 Bergleute ums Leben.

# Munitionsdepot explodiert

In einem Depot von Tokio lag ein Munitionsdepot in die Luft. 50 Heitere, leicht gebaute Häuser wurden durch den Luftdruck zerstört. Mehrere Personen erlitten schwere Verletzungen.

# Kreuger, der größte aller Betrüger

## Es ist etwas kaputt gegangen!

Das Kreuger hat einen Rekord aufgestellt: er ist der größte Betrüger und Räuber, den der Kapitalismus bisher hervorgebracht hat. Wund, bloßwund, ein echter germanischer Gau — wie hätte das gedacht? Er stammt nicht aus Ostpreußen, sein Stammbaum ist nicht angezeigelt — und trotzdem Schieber er arol! Wo bleibt das Gewicht der antilemischen Presse über diesen Finanzjunker, einen der größten, die die „Zinsneidlichkeit“ antizipieren?

Mit seiner Enttarnung und seinem Tode wauft etwas mehr als die plumpe Quatation des Rechtsradikalismus gegen den „Aubenskapitalismus“ und die „liberale Zinsneidlichkeit“. Es wauft die moralische Basis des kapitalistischen Systems überhaupt, und

die ethische Beurteilung des Kapitalismus erhält härtesten Antriebl! Wie reagiert die ausgesprochen kapitalistische Presse auf die Enttarnung Kreugers, nachdem die erste Senation darüber ist? Sie antwortet mit einer beifälligen und wütenden Verteidigung des Kapitalismus: der Kapitalismus als System ist gut — nur die Kapitalisten sind schlecht! Er kann man es bei gewisse in der „Frankfurter Zeitung“ lesen. Wenn aber die Kapitalisten schlecht sind, wie kann dann der Kapitalismus gut sein? Warum aber diese wütende, aufwühlende Verteidigung, die Gefährlichkeit, was ist hier kaputtgegangen? Nichts anderes als das gute Gemissen der Verteidiger des Kapitalismus! Nachdem die Saule Vau Kreuger gebrochen ist, mankt das Weltbild der Anhänger des Kapitalismus und sie müssen sich selber Mut zusprechen!



### Kämpfer heran

für den dritten Schlag!

Am Freitag, dem 22. April, 20 Uhr, veranstaltet die hallische Sozialdemokratie im „Volkspark“ ihre letzte Wählerberaumung vor den Reichstagswahlen. Regierungspräsident v. Harnad wird zum Thema

#### Preußen bleibt Volksstaat

Sprechen und Landtagsabgeordneter Müller (Kasse) wird den hallischen Kommunisten

#### Sechs Antworten auf sechs Lügen

erteilen, die sie an den Aufschlagfäden gegen die SPD. verbreiten. Die ganze republikanische Bevölkerung Halle ist zu dieser letzten wichtigen Beräumung vor der Entscheidung eingeladen, um das Befestnis abzugeben.

#### Preußen muß unter bleiben!

### Arbeitslosigkeit in Halle wieder gestiegen

Die 1. April wirkte sich aus.

Nach einer vorübergehenden Entlastung ist auf dem hallischen Arbeitsmarkt in der ersten Aprilhälfte wieder eine Verschlechterung eingetreten. Die Zahl der Arbeitslosen im März lag um rund 350 auf 26.388. In diesem Umfang waren in der Hauptstadt die übliche Arbeitskräfte betätigt. Im gesamten Arbeitsmarkt zeigt Halle nur eine Steigerung der Arbeitslosigkeit um 170 auf 187.653. In den außer-hallischen Bezirken ist also insgesamt eine kleine Entlastung des Arbeitsmarktes eingetreten.

Von den Gewerben hatten das Baugewerbe und die Landwirtschaft eine Besserung zu verzeichnen. Etwas besser war auch die Lage im Abtransportgewerbe und im Selbstverbrauchs-gewerbe. Dagegen wurden Entlassungen hauptsächlich vorgekommen im Braunkohlenbergbau, in der Metallindustrie, im Nahrungsmittel-gewerbe und vor allem in den Kleinindustrien, wo sich die Abminderungen zum 1. April bemerkbar machten.

#### 570 von 26.000

Lehrer der Arbeiter des „Erwerbslosetages“ der SPD. Für gestern hatte die SPD. wieder einen der „Reichs-erwerbslosetage“ angelegt, die früher oft genug Gelegen-heit zu blühenden Zusammenkünften mit der Polizei gaben. Diesmal hat die Versammlung überhaupt kaum Kenntnis davon gehabt. Tatsächlich kam nur wieder eine kleine Gruppe für die Kommunisten dabei heraus, denn es waren nur genau 570 Mann; dabei sind die Schulkinder noch als nicht gezählt. Und das bei 26.000 Erwerbs-losten in Halle! Von hundert markierten also nur ganze zwei mit der SPD.

Es nahm nicht weiter Wunder, daß die mitgeführten Trans-feranten sich sämtlich gegen die SPD. und die freien Gewerkschaften, nicht aber gegen die Nazis richteten. Da las man beim Spieltheater „Segen das kleinere Uebel!“ Folgerichtig hätte der Esz fortgeführt werden müssen: Für das größere Uebel — also für Hitler!

### Weitstimmung vor der Schwacht

Die Deutschnationalen bescheiden sich als Anhänger der Nazis.

Die Deutschnationalen müssen es sehr nötig haben: Gestern hielten sie im „Stadthaus“ ihre vierte Kreuzenwahl-Rund-gebung ab. Sie wissen nur zu genau, daß sie bei dieser Wahl furcht-bar zusammengefallen werden.

Was tut man bei solcher Schmach? Man macht aus der Not eine Tugend! Der Tenor der gestrigen Reden war deshalb, daß die Deutschnationalen, die den Konterparatismus auf ihre Fahnen geschrieben haben und die argsten Feinde jedes Sozialis-mus sind, ein weiteres Annähmen der Nationalsozialisten, als einer (angeblich) fortschrittlichen, ja „sozialistischen“ Partei, beizutreten. Was anderes hing aus diesen Reden als die Bezeichnung über eine Partei, die nicht vor der Schwacht und dem Ziel-bleiben in der Halle eines Anhängers der Nazis? Man weiß zu- auch zu gut, daß es mit dem „Sozialismus“ und der „Vortritt-lichkeit“ der Nazis nur ein Gerede ist. Deshalb kann man heute schon so fest auf eine parlamentarische Ehe mit ihnen rechnen. Den amnestierten Nazis, die sich nach an den „Nationalismus“ Hilters glauben, war dieses Überbieten allerdings nicht genehm. Sie trösteten sich mit ein einziges Mal: Erfolg!

Was man im übrigen von den beiden Rednern — der Frau Hertwig und dem durch seine „kleinen Anfragen“ im Landtag bekanntgewordenen Ratsabgeordneten Stahlhelm-Geher Frische — hörte, war sachlich immerhin genug, um damit gegen das neue Breuen vorzugehen. Man wirt schließlich auch auf die nächsten Senate demagogisch, wenn man auf der einen Seite freigeig-lichkeit verlangt und sich im gleichen Augenblick über die Sparmaßnahmen der jetzigen Regierung aufregt. Interessant war das Eingeständnis, wenn die „nationale Opposition“ aus- ruder läßt, es nicht gleich besser würde. Man hat also jetzt schon Angst vor der Verarmung!

### Die Braunkohlen-Krise

Im Gebiete des mitteleuropäischen Braunkohlenbergbaus betrug im März 1933 die Produktion 6.169.508 Tonnen, die Bruttoerzeugung 1.561.073 Tonnen und die Aufbereitung 45.804 Tonnen. Gegenüber dem Monat Februar zeigte sich demnach ein Rückgang von 2,6 Prozent bei Rohkohle und einer Steigerung von 1,3 Prozent bei Brüttskohle und 9 Prozent beim Koks. Gegenüber dem Monat März des Vorjahres zeigte sich im Berichtsmonat ein Rück- gang von 6,8 Prozent bei Rohkohle und 14,8 Prozent bei Koks. Bei Brüttskohle zeigte sich eine Steigerung von 3 Prozent.

### SPD. Ortsverein Halle

In dieser Woche finden folgende Ortsbeiratsveram- lungen statt:

Donnerstag, den 21. April, abends 8 Uhr:

- 4. Ortsbeirat: Restaurant Max Kloppe, Sudenbergstraße.
- 9. Ortsbeirat: am „Amthausen Platz“, Kleine Brauhausstraße.
- 10. Ortsbeirat: Gördes Bierstuben, Jacobstraße.

Das Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht. Das Sekretariat.

### Appell eines Langemarck-Kämpfers an die akademische Jugend:

## Der deutschen Zwietracht mitten ins Herz!

### Volizeipräsident Bärensprung über Demokratie und Nationalismus

Vor Studenten und Jugendlichen sprach gestern abend im dichtbesetzten Saal der „Kaserne“ der Magdeburger sozialdemo- kratische Volizeipräsident Dr. Bärensprung über das sehr zeitgemäße Thema „Demokratie und Natio- nalismus“.

Nach einer Einleitung durch den Reichsbanner-Spielmanns- und Begrüßungsworten von stud. jur. Brundert zeich- nete der Referent in prägnanten, auf geistig hohem Niveau stehenden Ausführungen ein klares Bild der sich scheinbar überbepredenden, in Wirklichkeit aber eng miteinander ver- bundenen Begriffe der Demokratie und des richtig verstande- nen Nationalismus.

Die Demokratie, aus der Französischen Revolution hervor- gegangen, hat erst die Voraussetzungen für das Entstehen der Nationen geschaffen. Vorher zerteilte die Fürten nach ihrem Gutdünken die Länder und Völker. Nation hat mit Rasse nichts zu tun. Das beste Beispiel dafür liefert die Vereinigten Staaten von Nordamerika. Aber selbst Italien besteht nicht aus einer Rasse, von Deutschland ganz zu schweigen. Auch in England stellt man ver- schiedene Rassen fest, und die englische Sprache ist bekanntlich der- einige Platz, auf dem sich das Deutsche und Französische vertragen.

Die Nation ist eine Kulturgemeinschaft, hervorgerufen durch jahrhundertlange Schicksalsgemeinschaft.

Mit der Demokratie erit wurde der Anspruch der Nationen geboren. Wie hätte sonst ein Ludwig Joha wegen Verbreitung „der höchst gefährlichen Lehre von der deutschen Nation“ verfolgt werden können? Mit Entschiedenheit rüde Dr. Bärensprung dem nieder- trachtigen Gerede von der Vaterlandsliebe der Sozialdemo- kratie zu Leibe. Er, der selbst ein Langemarck-Kämpfer ist, konnte sich mit vollem Recht auf August Bebel und Wilhelm Liebknecht berufen, die trotz aller Gegnerschaft gegen das alte System immer für eine Verteidigung ihres Landes eingetreten sind. Ihren tapferen und mutigen Reden gegenüber nehmen sich die Schwägerlein Adolf Hitlers, wie oftmals Wilhelm II., aus wie die Phantomen eines Führers in glänzender Weise wurde vom Redner das „Frontsozialium“ der Nazis be- leuchtet. Jener wirtweibliche Hauptmann vor Thern hat recht, der einem jüdenfeindlichen Major gegenüber sagte:

„Ein Jude, der über dem Feind fliegt, ist besser als zehn Christen in der Stube.“

Die Herren Fried, Feder, Rube, Dugenberg und wie sie alle heißen, die predigen wohl das Durchhalten, das „Nicht uns Geden werden!“, das „Den Distanz reiten!“, sie jagen aber vor, selbst keine Soldaten zu werden, sich selbst nicht aufs Pferd, aber in die Tante und U-Boote zu legen. Treffend wies Genosse Bärensprung nach, daß im Kriege nicht die demokratischen Staaten, wohl aber die autoritären Monarchien zu- ammengebrochen sind. Die Demokraten verstanden es, das Segte aus ihren Köpfen herauszuholen und in den Krieg zu ent- scheiden. Nun schimpfen die Nationalisten auf die Revolution. Was aber haben sie getan am 9. November 1918?

#### Wo waren sie?

Warum haben sie nicht das Kaiserreich gegen die Revolution ver- teidigt? Und die Erfüllungspolitik? Kappserie, Amts- handlung war, zum englischen Vorkriegszu gehen und ihm zu versichern, daß auch seine Regierung „erfüllen“ wolle? Hitler hat das beste dem Amerikaner Knickerbocker gesagt! Und endlich die Korruption in der Demokratie? Hat man die Stände der Kaiserzeit, die Tippelschiff, Freyherrn von Hammerstein, das Kom- K., den Odenwald usw. vergessen. Der Harnf-Standal, an dem Vertreter aller Parteien beteiligt sind, hat der Stadt Berlin etwa 10 Millionen Mark Schaden gebracht. Herr Fabianer, der natio- nale Mann, aber hat 250 Millionen vergeredet, und der drifische Deobahn-Skandal kostete den Sparern 80 Mil- lionen. Für jeden Schweinehund bei der Sozialdemokratie kann man bestimmt mindestens drei Schweinehunde bei den Nazis nach- weisen.“

Der Redner sagte seine Ausführungen in dem Appell zu- sammen, die Front aller Anhängigen zu bilden, und der Jugend legte er ans Herz, die Traktionen Hoffmann von Fallersleben und Frisches wieder aufzunehmen und es zu halten, wie der Bauernführer Florian Geher mit seinem herrlichen Ausdruck: „Der deutschen Zwietracht mitten ins Herz!“ In diesem Sinne klang die Kund- gebung begeistert mit einer Unidquing auf die Eiserne Front an.

## Der Geburtstag des „Führers“

### Oder: Das Flachrennen zu Halle

Auf der Rennbahn zu Halle, jener Einrichtung, für die auch aus der Rasse der „ausgehenden“ Preußen Subventionen geschickt werden, also einer „ausgehenden“ Preußen Subventionen, feiert heute ein besonderes Ereignis. Seit drei Tagen schwingen schon die Markt- frauen auf dem Wochenmarkt davon. Der „Führer“, ER, Adolf Hitler aus Braunau in Böhmen, beinahe Geburtenjahrstun- mann von Hilburghausen, Nummern braunschweigischer Regierun- gen i D (das heißt „im Diktatorverfahren“ befindlich), will Halle persönlich beglücken.

Nachdem Herr Leddy, der Hülfmann, so prächtig den Boden vorbereitet hat, kann er noch hoch kommen.

Unsere Saale, Schul-, Universitäts-, Rabe, Salz, Beamten- Anwaltschaft, Posten- und neuerdings „Hitler-Stadt“ hat das bestimmt verdient. In Würdigung dieses Verdienstes will Adolf der Führer dem auch gleich seinen Geburtstag hier verleben. Ein Massenfest wird daher „aus Anlaß des Geburtstages unse- rer Führers“ dem auch von der prinzipiellen „Arbeiterpartei“ veranstaltet. Leider ist bisher noch nicht bekanntgeworden, ob Adolf selbst dabei sein wird oder er sein Geburtstagsfestchen in „Stadt Hamburg“ aufgebaut bekommt. Es wird auch nicht gesagt, ob er Selterswasser trinken wird, wie das gestern im „Kampff“ bildlich zu sehen ist, oder wieder Sekt, wie in Düsseldorf bei den Schwerverindustriellen.

Die hallischen Nationalen haben sich den Besuch ihres „Führers“ etwas kosten lassen. Eine ganze Reihe „Ag.“ hat sich in Unkosten gefügt; und neue Parteizentrale angekauft, die sie vorn und hinten zu den Häusern heraushängen. Da es sich um eine „Ar- beiterpartei“ handelt, versteht sich, daß diese Fahnen nur in den Billenbüchern zu finden sind. Verschiedene christliche Ge- schäftsleute, die ihren Angestellten zum Beispiel zu Wich- nachten unmöglich den früheren Lebenslohn gemäßen können, folgen dem Beispiel der „Wegog“, bringen diesmal das Opfer, ihren den Nachmittags zum Besuch der Rennbahn freizugeben. Das ist noch wirklich sozial, nicht wahr? Unterdessen raffelt das Telefon von dem „Ag.“ (In Halle bekanntlich alle Arbeiter Tele- fonsprengel). Da werden von den armen notleidenden „Arbeiter“ in den Direktionsbüros der hallischen Fabriken und Handelshäuser, in den Direktionsbüros der hallischen Fabriken und Handelshäuser, den hallischen Behörden und den Stätten der Wissenschaft Vorzugs- karten befehlt. Fünf Mark ist bekanntlich ein angemessener Preis für den Sitzplatz bei einem Arbeiterveranstaltung auf der Renn- bahn. Wir hören u. a., daß sich solche Karten sogar ein akademischer Herr aus dem hallischen Magistratskollegium bestellt hat. Wahrscheinlich ist es bei ihm nur Reugier! Natürlich wird auch bei der Reichspost wieder lobhaft agitiert. Dort ist es, wie man mehrere Beamte mitteilen, vor allem der Postinspektor Richter (Wohnhaft Hardenbergstraße). Im übrigen verhält sich am Rande, daß alle „deutschen“ Unternehmungen des Tages Rechnung tragen müssen. Ein heißes Caféhaus in der Leipziger Straße hat sogar seinen für heute geplanten Kabarettabend wegen des „Ge- burtstages“ am morgen verlegt.

So kann denn das Rennen steigen. Es wird ein reines Flachrennen werden. Denn etwas anderes als Flachrennen in Ette Wilhelm II. find von dem „Führer“ nicht zu erwarten. Einmaligen betriebliebende Kunden wird es dabei auch nur bei „Platz“ geben, wer auf „Zieg“ wetzt, wird am 24. April erfahren, daß er sein Geld verloren hat. Aber uns soll es recht sein! Wir spezifizieren und wetten nicht, wir bleiben bei der realen, wenn auch oft sehr mühseligen, zuerst aber allein nutzbringenden sachlichen Politik, die sich auf Tatsachen stützt und unabhängig von Stimmungen und Konjunkturerwartungen bleibt.

Die Hittlererei paßt ausgezeichnet auf die Renn- bahn, die Rennbahn zur Hittlererei! Genau wie bei den Verber- rennen noch niemand durch glückliche Betten zu dauerndem Wohlstand gekommen ist, genau so wenig wird die Hittlererei eine Dauerzersetzung sein und in Deutschland zur Macht kommen.

In dieser Beziehung, da halten wir die Werte!

### Ein Geburtstagsfest der Wegog an Hitler

Ständiger Vertretter treibt Wohlbesinnung.

Vom Gesamtverband wird uns geschrieben: An Tag an großer Veranstaltung hat die hallische Straßenbahn Hoch betrieb, und mehr dem Straßenbahner, der an diesen Tagen sich nicht zum Dienst zur Verfügung stellt. Für in den allerdingendsten Fällen ist es, und auch dann noch nach vielen Schwierigkeiten, dem Betroffenen möglich, frei zu bekommen. Wenn allerdings „Adolf der Führer“ nach Halle kommt, dann fällt das Herz des objek- tiven Herrn Direktors Puffscham demotiviert, daß hier Aus- nahmen gemacht werden.

Während alle die Straßenbahner, die mit dem Kapital nichts gemein haben, zum Dienst angezogen werden, also geungen für eine angelegliche „Arbeiterpartei“ beherzungen (wieben müssen, sind sämtliche Nazis vom Dienstplan verdrängt und erhalten nur Begünstigung ihres „großen“ Meisters Platz. Objektivität und Gerechtigkeit betont man immer besonders. Dabei ist bisher, wenn Arbeiter zu Bekanntheitsfäden der Sozial- demokratischen Partei oder ihrer gewerkschaftlichen Organisationen frei haben wollten, dies stets abgelehnt worden mit der Begründung, daß die Dienstverhältnisse es nicht zulassen. Wenn Einzelnen und Parteien ihren Dummel betreiben, ist alles möglich. Dann werden sogar noch Ueberführungen zugelassen — um ja recht „objektiv“ zu sein.

Wie sieht es, Herr Puffscham, mit der Verurlaubung sämtlicher freigewerkschaftlichen Straßenbahner am Sonntag, dem 1. Mai, zur Maifeiert? Wird es Ihr objektives Herz fertig- bringen, Ihre Gerechtigkeit wachen zu lassen? Wir zweifeln daran! Wir wollen auch an dieser Stelle fundieren, daß wir jetzt ein hoch- ames Auge auf die Objektivität jener Herrschaften richten werden. Es ist gerade unerhört, daß anlässlich einer Wählerberaumung einer staatsfeindlichen Partei die Straßenbahn hier Wahlbeein- flussung betreibt, indem sie die Anhänger einer Gruppe dien-

frei ist und den übrigen zumutet, an ihrem freien Tage Dienst zu tun.

**Steuerschneider:** Für Euch gilt es, nun erst recht am Sonntag mit Tage beizutragen, daß der Reichsmann eine vernünftige Abrede erzielt, denn kein Dinge hier besteuert sind die „Ehrlichkeit“ gewisser Herren wohlwollend gar keine Grenzen mehr.

### Kommunistische Schmierkolonne greift Weizsäcker an

In der letzten Nacht bemerkte an der Siebenbrunnstraße ein Polizeibeamter eine kommunistische Schmierkolonne, die acht Mann stark war. Als er einfordern wollte, brangen die acht auf ihn ein und bedrohten ihn. Um sich die Angreifer vom Weibe zu halten, war der Beamte gezwungen, von seiner Waffe Gebrauch zu machen. Er gab einen Schuß in die Luft ab, worauf die Kolonne flüchtete.

### Zodeschnitt mit dem Hofmeister

In seiner Wohnung öffnete sich gestern mittag ein 33 Jahre alter Schlosser mit einem Hofmeister Pulsader und Galschlagender. Der Arzt konnte nur noch den inzwischen eingetretenen Tod feststellen. Der Lebensmilde soll durch Familienfeindlichkeiten zu dem verhängnisvollen Schritt getrieben worden sein.

### Umsätze der Verkaufsstellen vor Weihnachten

Wie wir aus dem Wirtschaftsblatt der Industrie- und Handelskammer Halle entnehmen, erab eine Umfrage der Kammer über das Ergebnis der Umsätze an den Verkaufsstellen vor Weihnachten, daß bei dritte Sonntag in den mittleren Städten, die einen starken Umsatz haben, einem dringenden Bedürfnis entgegen. Die Berichte über die Umsätze an diesem Sonntag sind durchweg sehr günstig. Im allgemeinen erreichten sie das Einzelhandels- bis Dreifache des durchschnittlichen Tagesumsatzes im Dezember.

## Gebt Arbeit und Brot!

### Die Funktionen der freien Gewerkschaften Halle zum Problem der Arbeitsbeschaffung

Am Dienstag sprach vor den zahlreich erschienenen Funktionären der halleischen freien Gewerkschaften der Reichstagsabgeordnete Schumann (Berlin), Vorsitzender des Gesamtverbandes, über das Problem der Arbeitsbeschaffung. Man hatte von dem Redner den Eindruck, daß hier ein Mann frage, der in langjähriger praktischer Arbeit in der Gewerkschaftsbewegung den illusorischen Bild für wirtschaftliche Realitäten und Möglichkeiten besitzt.

Schumann ging auf die Ursachen der Nationalsozialisten von der Schuld des „Systems“ ein und verwies auf den wirtschaftlichen Niedergang in allen Ländern der Erde und auf die allgemeine Arbeit und Vertrauenskrise, bei der allerdings der Wählberg der Nazis vom 11. September 1930 in Deutschland außerordentlich bemerkenswert gewesen ist. Er schilderte ausführlich, wie die Wirtschaftsführer in der ganzen Welt versagt hätten. Wegen der vielfach angetretenen Wirtschaft- und Finanzkrisen hätte der Sparer das Vertrauen an der Zweckmäßigkeit der kapitalistischen Wirtschaftsordnung verloren. Deshalb wurden jetzt große Kapitalien gebort und der Kapitalismus entsagen. Schumann erklärte, daß eine wirtschaftliche Hochkonjunktur weder in Deutschland allein erzielt, noch vom kapitalistischen System in der bisherigen Form erwartet werden könne.

### Die Krise kommt international und nur durch den Aufbau einer neuen Wirtschaftsordnung gelöst werden.

Seute sei es, daß nicht mehr Welt zum Dienst an der Allgemeinheit verpflichtet, sondern die „Allgemeinheit“ in Welt verpflichtet wird durch den Kampf um die Existenz. Das bedeutet eine tiefere Eingangsabnahme und Kontrolle des Staates auf die wichtigsten Unternehmen.

**Rabfahrer! Sämtliche Fahrzeugteile, Gummi-Beden, Schläuche usw. Spezialabteilung Gummi-Beden, Halle/Saale, Große Steinstraße und Brüderstraße (Höhe Markt).**

## Ein toller Kerl

Roman von Max Brand

(Nachdruck verboten.)

„Und das glauben Sie wirklich?“  
„Sie hätten nur mal hören sollen, wie spöttisch sie über seine schwachen Nerven sprach.“

Der Herriff sprang auf.  
„Schwache Nerven?“ sagte er empört. „Der Kerl hat überhaupt keine Nerven!“ In der ersten feinen Gasse finden Sie empfindliche Nerven als in Don Felipe's ganzer Körper.“

„Nest erobert sich, schließlich erfährt, daß Frau Lydia.  
„Dann meinen Sie also, er hat sich nur verkleidet und spielt um eine Komödie vor?“ fragte sie ängstlich.

„Ach, ich sehe, wir verleben uns gar nicht.“  
„Wieso?“  
„Ach, kann mir absolut kein Bild von der ganzen Geschichte machen.“

„Ach, gnädige Frau, das können Sie! Ich werde Ihnen sogar sagen, wie Sie sich die Vorgänge zwischen Ratin und dem Mexikaner rekonstruieren haben. Ich weiß natürlich auch nichts Bestimmtes — aber wenn zwei so kluge Menschen wie wir beide zu dem gleichen Resultat kommen, dann ist es sicher richtig.“

„Ja, — aber wie?“  
„Einen Moment, bitte!“ Die Zade war einfach so: Mein Freund Ratin ist in den Staat getreten, daß Don Felipe angefahren und mädtig geküßt. Zweitens glaube ich seinem Bericht, — dann aber nicht mehr. Als ich wurde nämlich, wie das so gemeinhin ist, nach dem Revolver griff, ist ihm der gewandte Mexikaner untergekommen. Die einzige Frage, die noch offen ist, lautet: Hat Ratin auch das, was er den Boden des Stalles getroffen? — So ist's gemein, verlassen Sie sich darauf!“

„Frau Lydia rief Mund und Nase auf.“  
„Aber?“ fragte sie. „Aber wie?“

„Sie meinen, warum Don Felipe dann nachträglich den Reingang nimmt? Vielleicht fürchtet er, in Fräulein Marias Augen mich zu verlieren, wenn er die Behauptung jagt.“

„Ich kann mir gar nicht vorstellen, daß er so raffiniert und hersehend sein sollte. Allerdings, — er hat manchmal etwas im Blick.“

„Das hab' ich auch schon gesehen! — Er hat mich öfters von der Seite beobachtet, — ganz fall ist's mir dabei über den Rücken gelaufen.“

„Er wird doch nicht etwa gemerkt haben, daß Sie ... seinetwegen hier sind?“

„Das fürchte ich doch! Wenn er das ist, wofür ich ihn halte, haßt er mich wie Gift, — ichon allein weil ich Herriff bin. Jedenfalls muß etwas gefahren, um ihn unabsichtlich zu machen.“

„Ich weiß nicht, was Sie mit diesen Schreien da jähle Gemein. Frau Lydia folgte ihm ängstlich mit den Augen.“  
„Ist Ihnen etwas eingefallen?“ fragte sie, als der Herriff jetzt lebendiger.

„Er nicht.“  
„Der Schwund hinterläßt, wenn er noch so anhaltend und hartnäckig ist, erkennen hinter sich, — und wenn es nur in den Augen der Polizei ist. Falls der Mexikaner also, wie ich

## Schriftleiter Stöbe wieder freigesprochen

Nazi-Student, der straflos Republik und Verfassung beschimpfen darf

Der ehemalige „Schriftleiter“ der völlig im nationalsozialistischen Fahrwasser stehenden „Halleischen Universitätszeitung“, der Student Günther Stöbe, der bekanntlich wegen seiner besonders heftigen Stellung im Universitätsrat verurteilt worden ist, hat sich gestern vor der Strafkammer gegen Verhängnis gegen das Republikverbrechen zu verantworten. Stöbe hatte als Schriftleiter des Nazi-Universitätsblattes aus einem Buch von Nazi-Gelehrten einen Artikel nachgedruckt, in dem die witzigen Angriffe auf die Weimarer Verfassung und die Republik enthalten waren. In dem Artikel hieß es beifolgend, daß die Weimarer Verfassung insofern unzulänglich sei, als sie die Republik nicht als ein für allemal feststehendes Organ anerkennend, sondern als ein Organ, das sich dem Willen der Staatsbürger unterwerfen müsse, dargestellt hätte. Stöbe hatte dies als „Schriftleiter“ in dem Artikel nachgedruckt, in dem die witzigen Angriffe auf die Weimarer Verfassung und die Republik enthalten waren. In dem Artikel hieß es beifolgend, daß die Weimarer Verfassung insofern unzulänglich sei, als sie die Republik nicht als ein für allemal feststehendes Organ anerkennend, sondern als ein Organ, das sich dem Willen der Staatsbürger unterwerfen müsse, dargestellt hätte. Stöbe hatte dies als „Schriftleiter“ in dem Artikel nachgedruckt, in dem die witzigen Angriffe auf die Weimarer Verfassung und die Republik enthalten waren.

Vom Schöffengericht Halle war Stöbe freigesprochen worden, weil man ihn den Gedanken unterstellte, daß er aus diesem Buch das bisher unbeachtete und verbreitete wurde, straflos ausbrüden dürfe. Mit dieser Annahme sei sowohl der Vorwurf wie auch der bedingte Vorwurf, den das Republikverbrechen für eine Verletzung voraussetzt, formalrechtlich beseitigt. Die Strafkammer hat nun eine Entscheidung gegen Stöbe getroffen, indem er die Verurteilung wegen Verhängnis unmöglich gemacht, indem er die Verurteilung des Artikels preisgab.

Bei diesem Urteilm war ein Freispruch sicher. Man dürfte ihn deshalb auch von der Strafkammer erwarten. Und es kam auch zu einem Freispruch. Die Strafkammer stellte sich auf den Standpunkt wie das Schöffengericht. Lieber die rein rechtlichen Ausführungen hinaus hielt es das Gericht aber noch notwendig, den Verbleib seiner Einstellung zum heutigen Staat in allgemeinen Ausführungen fundamentum, indem es betonte, daß die Nationalsozialisten die witzigen Angriffe auf die Weimarer Verfassung tatsächlich zu bekräftigen, wie Stöbe in dem Artikel begünstigt hätte. Das Gericht hielt es also für angebracht, Herrn Stöbe noch die moralische Berechtigung seiner Handlung zu attestieren. Wo hat man das je bei einem Sozialisten oder Kommunisten als Angeklagten erlebt?

Die Hauptfrage an dem Verbleib dieses Prozesses trägt aber wohl die Staatsanwaltschaft. Sie, die gegen Stöbe wegen des Artikels vorging, hatte gegen das Buch Weizsäcker, aus dem der Artikel stammt, nichts unternommen. Wie sollte da ein anderes Urteil zu erwarten sein?

### Komm' den Frauen jetzt entgegen ...

Nach der Bericht.

Au Beginn dieses Jahres wurde die in Halle als Autorin bekannte Fabrikantentochter Sabine Rob. vom Schöffengericht wegen fahrlässiger Tötung an acht Monaten Gefängnis verurteilt. Sie hatte Ende vorigen Jahres in der Magdeburger Straze einen alten Mann getötet. Der Strafkammer mildernde das Urteil, obwohl sie die Schuld der Angeklagten ebenfallig ermittelte, erachtete, auf drei Monate Haft und setzte die Gesamtstrafe gegen eine Entphänd der Verbleibe aus. Aber auch diese milde Strafe war Frau R. noch zuviel. Deshalb legte sie Revision ein. Die Revision wurde jetzt vom Reichsgericht als offensichtlich unbegründet verworfen. Das Urteil wurde damit rechtskräftig. Die schöne Frau R. kann ihre Schuld, die ihr das Gericht nachwies, nunmehr mit Weizsäcker.

### Der Angefallte für 20 Mark

Im „Vorkenntnis für den Deutschen Buchhandel“ stand da kürzlich ein kleines Inserat zu lesen:  
„Stellung im Buchhandel sucht ehemaliger Student gegen 20 M. monatliche Vergütung.“

Heinz Brand, Berlin 90, Nürnberger Straße 69.

Der Hr. richtet an diesen Herrn Heinz Brand einige Fragen:

1. Wollen Sie von dem von Ihnen verdienten Geld leben?
2. Falls ja, haben Sie sich überlegt, wie Sie das mit 20 M. im Monat bestreiten wollen?
3. Falls nein, haben Sie sich überlegt, daß Sie eine große Zahl von Buchhandlungsangestellten ungewohnt spärlich? Denn a) wird die Buchhandlung, die Sie vielleicht einstellt, einen Angestellten mit höherem Gehalt — der aber darauf angewiesen ist — entlassen, b) wird sich jeder Buchhändler, der dieses Inserat gelesen hat, fragen, es gibt ja so billige — dazu noch akademisch gebildete — Kräfte, wozu soll ich da noch teure beschäftigen?
4. Haben Sie schon einmal die Worte „Gelehrter“ und „Akademiker“ gehört? Wir empfinden Ihnen unangenehm, daß Sie überlegen, was hinter dieses Begriffe heit. Vielleicht können Sie einmal ein paar Stunden Ihrer „Hilfsarbeit“ Zeit dafür erörtern.

### Veranlassungen und Begründungen

Wittungen unter dieser Rubrik kosten 40 Pfg. die Seite und müssen bei der Aufgabe beschriftet werden. Beschriftungen können nicht angenommen werden.

**Blasphemischer Verein Halle.** Freitag, den 22. April, 20 Uhr, findet im „Reinhardtshaus“ ein Vortrag mit Bildern durch Herrn Dr. med. Friedländer (Berlin) statt über: „Unterleibesleben.“

nehmen, die von ihm Hilfe forderten und die vielfach nicht beweiagert werden konnte, weil das Schicksal von Tausenden von Arbeitern daranhing.

Au dem Problem der Arbeitsbeschaffung erklärte der Referent, daß die Gewerkschaften jeden Plan einer Arbeitsbeschaffung, der die Gefahr einer Inflation in sich birgt, unbedingt ablehnen, weil hier schließlich ungeheurer Schaden, besonders für die Arbeiterklasse, der Folge wäre. Er erklärte den Finanzierungsfragen, wie er auf dem Arbeitsmarkt der Gewerkschaften erzielt wurde, und verwies darauf, daß insbesondere die öffentlichen Körper, Eisenbahn und Post, Mittel erhalten müßten, um zusätzliche Arbeit zu schaffen. Unter Ablehnung jeder Geldentwertung müßten alle Ausrichtungen gemacht werden, damit wenigstens ein Teil der Arbeitlosen wieder zu Arbeit und Verdienst gelangt. Daneben müßten alle Möglichkeiten zur Arbeitsfreisetzung und Verknüpfung der Arbeitszeit ausgenutzt werden. Eine Wirtschaftsform ohne Krisen kann nur eine bessere, höhere Form der Sozialismus, bringen. Für dieses Ziel zu kämpfen, haben sich die freien Gewerkschaften zur Aufgabe gestellt unter Ausnutzung jeder Möglichkeit, auch jetzt in alles für die Arbeiterklasse herauszubringen, was geangenehm ist, ihre Lage zu verbessern.

In einer einstimmigen angenommenen Entschließung wird gefordert: Arbeitsbeschaffung, Verknüpfung der Arbeitszeit, Einführung der 40-Stunden-Woche, Kontrolle, und Mißbrauchungsrecht des Staates an der Produktion und schließlich Aufbau einer neuen Wirtschaftsordnung. Sie schließt mit dem Satz:

„Alle Funktionäre verpflichten sich, dafür zu sorgen, daß auch am 24. April bei den Wahlen zum Preussischen Landtag Einfluß und Geltung der Arbeiterklasse gefestigt bleibt.“

annahme, etwas auf dem Revolver hat, kann ich das in wenigen Tagen feststellen, denn dann ist er und sein famoses Pferd unseren Behörden wohlbekannt.“

„Da dürfen Sie keinen Moment länger zögern!“ rief Frau Maday lebhaft. „Sie haben vollkommen richtig erkannt, wozu ich Ihre Hilfe brauche. ... Ihre Zede werden doch kein hier sein?“

„Gewiß werden sie das, — in einer so kühnen und bestellten Angelegenheit, werden sie nur wenig zaudern können. Sie werden sogar die Gefährlichkeit dieses Mexikaners, der in Ihren Augen eine lächerliche Hitzepurpe ist, gar nicht begreifen.“

„Für so gefährlich halten Sie ihn?“  
„Allerdings! Sie wissen, daß ich kein Freiling bin, aber ich muß gefahren, lieber habe ich mit einem ganzen Dutzend Schuppelchancen zu tun, als mit einem so gefährlichen schleichenden Teufel.“

„Sodda!“ sagte er plötzlich, ließ sich aus offene Fenster und lehnte sich hinaus, „mach mal, daß du da wegkommst, du getritzt ja das Wech hier!“

Frau Maday sah erstaunt den Indianer, barfuß auf dem Plattensteifen, der ihm am Bande entlang, direkt unter ihrem Fenster liegen und veranlagte, aber respektvoll zum Herriff hinaufblicken.

„Was machen Sie denn hier?“ fragte sie und fragte, da sie das verstandlose Rädeln auf seinem Gesicht gemerkt, zum Herriff jemand hinzu:

„Offenbar verheißt er kein Wort Englisch.“

Als sie dann ihre Frage auf Spanisch wiederholte, zeigte der Indianer seine Hand, die er sich dahin auf den Rücken verheißt hatte und in der er ein kleines Futterteller rotes Hohl hielt, wie sie ihm diese Barbesheit an einem Spaltchen blühen.

„Der arme Kerl!“ sagte sie ergriffen. „Sehen Sie, das ist die Stube des primitiven Naturmenschen zur Schönheit! Von unzerstörten ist noch keine auf die Idee gekommen, Blumen zu stellen.“

„Nehmen Sie sich mit dieser Idee. Er will ein Revolver, aber ich sehe Sie nicht, wie Sie die nicht getreten!“

Das Gesicht des Indianers strahlte, ein glückliches Rädeln umspielte seine Lippen. Er murmelte ein paar unverständliche Worte, verbeugte sich ehrerbietig vor der Dame des Hauses und zog sich dann mit langen Schritten zurück.

„Wie selbe ich einen Revolver?“ fragte Frau Lydia, die ihm nachschielte. „Wann unter Ihre Sache über den Sand da kommt, höre ich es, — und so ein Revolver geht völlig geräuschlos.“

„Was halten Sie von diesem Indianer?“  
„Ich weiß nicht recht. ... Vielleicht könnte man ihn, wenn man es sehr geschickt und vorsichtig anfangs, etwas über seinen jungen Herrn ausbilden.“

Ratin lächelte den Kopf.  
„Wenn alle die Blumen hier Gold und alle Wälder aus Silber wären, könnten Sie sie ihm anbieten, — er würde keine Silbe über seinen Herrn verateten.“

„Sie meinen, daß er ihn so liebt?“  
„Ob er ihn liebt, weiß ich nicht, aber daß er ihm in jeder Beziehung treu ist, das weiß ich.“

„Da können Sie recht haben. Dieser Conalvo ...“  
„Der wie er iont liebt“, unterwarf sich der Herriff.  
„Scheint tatsächlich ein sehr gefährlicher Mensch zu sein.“  
„Besonders, wenn er jetzt erlährt, wie wir beide über ihn denken.“  
„Aber wie sollte er das?“  
„Ich laß mich hängen, wenn der gute Pedro nicht nur jedes

Wort, das wir gewechselt, gehört, sondern auch verstanden hat!“

„Um Gottes Willen — dann bleibt nur eins: Sobald Ihre Zede kommen, müssen Sie den Mexikaner unter irgendeinem Vorwand verhaften lassen.“

„Das ist nicht so einfach! Was soll ich ihm vorwerfen? Daß er ein Revolver genommen hat? Daß er sich nicht vollständig hat ergriffen lassen?“

„Dann müssen wir meinen Mann aussuchen und ihn ins Vertrauen ziehen.“

„Der Herr Oberst würde nur ein Rädeln für unsere Bedenken haben, er ist doch ein so vorzüglicher Menschenkenner. ... Nein, nein, das hätte gar keinen Zweck! Das Einzige, was ich machen kann, ist schließlich in die Stadt zurückzufahren und auszuheilen, ab ich aus den Polizeistellen irgend etwas Näheres über diesen mysteriösen Mexikaner erfahre.“

„Dami zeigte er Frau Lydia zum Abschied die Hand.  
„Wein lieber Herr Ratin“, sagte sie bewegt, „ich bitte Sie, seien Sie nicht so vorsichtig, damit Ihnen ja nichts passiert. Es wäre mir entsetzlich, wenn ich mit meiner Ängst um Maria indirekt die Ursache wäre, daß ...“

„Beunruhigen Sie sich nicht, Verehrte. Sie wissen doch, ich habe einige Erfahrung im Umgang mit solchen Elementen!“

Als der Herriff den Innenhof überquerte, um zum Stallgebäude zu gelangen, begegnete er der Tochter des Hauses.

„Rat, wie geht's dem Patienten?“ fragte er.  
„Meinen Sie damit Conalvo?“  
„Soweit ich gehört, hat er sich schon wieder einigermaßen von seinem Revolverdick erholt.“

Es lag lo ungeheure Bedeutung in ihrem Ton, daß Ratin erwiderte, sagte er sich: So werden kann eine Frau nur, was sie verdienen kann. Eine Empfindung aber, die einmal bestanden, kann sich wieder einstellen, wenn die Voraussetzungen sich ändern.

Er war es der armen Frau Lydia unbedingt schuldig, ihr sobald als möglich diesen gefährlichen Götter aus dem Hause zu schaffen. ...

**Stilles Kapitel.**

Leid und gleichmäßig trachte Herriff Ratin auf seinem kleinen Wühlgang der Stadt zu, wo er hoffte, mit Hilfe von Telephon und Elektraplat bald die nötigen Ermittlungen über die Veranlassung des Conalvo machen zu können. Herriff bis Hälfte des Weges hatte er zurückgelegt, als er plötzlich durch rasch näherkommendes Aufgetrappel aus seinem Gedanken aufgelistet wurde. Er wandte den Kopf und erkannte in dem Reiter der da so eilig auf ihn zu galoppiert kam — Don Felipe auf Conquialdo.

Der Herriff hielt sein Pferd und griff ganz instinktiv nach dem Gewehr, das in einem Futteral am Sattel hing. Dann aber besann er sich anders. Er hatte ja nicht den mindelsten Grund, dem jungen Mexikaner feindselig gegenüberzutreten.

Er ließ die Waffe abhaken und erwiderte höflich den Gruß Conalvos, der den Hut dem Kopf rief und sich tief vor ihm verneigte.

„Ahrem Gatt nicht man wahrhaftig nicht an, daß er erst vor wenigen ein so schöner Reiter hinter sich hat“, sagte er, um etwas zu sagen.  
Don Felipe strahlte über das ganze Gesicht.  
„Sie sind auf dem Wege zur Stadt zurück?“ fragte er dann beifällig.

„Ach? ... Nein! Ich wollte mir nur ein bißchen Bewegung machen.“  
(Fortsetzung folgt.)

# Das ist Nazi-Koburg

## Schlimmste Finanzwirtschaft und übelste Behandlung der Arbeitslosen

Eigenlob stinkt! Das ist ein altes Sprichwort. Besonders aber stinkt Eigenlob, wenn es pure Lüge ist. Und aufgemacht Schwindel sind die Behauptungen, die von Nationalsozialisten in Flugblättern und ihrem Wochenblatt, „Sozialwacht“, über die angebliche Rettung Koburgs durch eine nationalsozialistische Stadtverwaltung im Wahlkreis Halle-Merseburg verbreitet werden. Die Nationalsozialisten behaupten dreist, daß in Koburg vor dem nationalsozialistischen Regiment eine verhängnisvolle Pumpwirtschaft bestanden hätte, die nach der Inflation durch die internationale jüdische Konjunktur eingeleitet. In Wirklichkeit haben die Koburger Nationalsozialisten in seit 1924 bis 1928 mit der dortigen bürgerlichen Wehrheit stets mitgemacht.

Sie waren also an der „verhängnisvollen Pumpwirtschaft“ mit beteiligt.

Eine Mehrheit von Marxisten hat es in Koburg nie gegeben. 1919 waren von 21 Stadtratsmitgliedern 9 Sozialdemokraten, nach dem Ausscheiden an Barben gehörten von 25 Stadtratsmitgliedern nur 8 der Sozialdemokratie an. Wie sehr die Nationalsozialisten über Koburg schwindeln, zeigt ihre weitere Behauptung:

„1928 war es schließlich soweit, daß die Stadt daran denken mußte, ihre 23 städtischen Werke zu verpfänden, was heißt in eine Zwangsverwaltung zu überführen. In fünf Jahren hatte Koburg unter rot und mittelparteilichem Regiment rund 6 Millionen Mark Schulden gemacht, und es bestand ein ungedeckter Fehlbetrag von 700 000 Mark.“

### Und nun die Wahrheit.

Nie hat der Stadtrat daran gedacht, das städtische Eigentum in andere Hände zu geben. Alle Haushalte der Stadt in den Jahren 1924 bis 1928 waren ausgeglichen. Der Haushalt 1928/29 zeigte sogar einen Ueberschuß von 12 000 M. Erst nachdem seit 1929 eine Nazimehrheit in der Stadtverwaltung besteht, treten Defizite auf. Ihr erster Haushalt wies 200 000 M. Defizit auf. Bei dem augenblicklichen, von der

Nazi-Verwaltung vorgelegten Etat beträgt das Defizit 700 000 Mark.

Gegen diese Mißwirtschaft hat zwar die bürgerliche Regierung Bayerns eingreifen müssen und Koburgs Stadtverwaltung steht deshalb unter Finanzaufsicht der Staatsbehörden. Besonders hat die Aufsicht der Reichsregierung über die nationalsozialistische Verwaltung in Koburg zu leiden. Die Reichsämter haben sich hier nicht geheselt, sondern bedauerlicherweise beteiligt. Die Wohlfahrtsverbände werden nicht nur in Koburg, sondern in allen Städten zur Arbeit angehalten. Am 29. Februar 1932 waren in Koburg von 500 Wohlfahrtsverbänden nur 335 beschäftigt. Der Lohn für diese betrug nicht 22 M., wie die Nazis behaupten, sondern nur 15 M. pro Woche. Die jugendlichen Erwerbslosen wurden interniert und in den städtischen Nazi-Kasernen in menschenwürdiger Weise behandelt. In Koburg geben alljährlich 17 000 Arbeitslose zum Arbeitsamt stempeln. Die etwa 100 erwerbslosen Frauen werden nicht beschäftigt, sie sind lediglich auf die

Wohlfahrtsunterstützung angewiesen, die in Koburg die niedrigste in Bayern ist.

Eine weitere Lüge ist, daß die Nationalsozialisten in Koburg mit der Parteibuchwirtschaft in Koburg aufgeräumt hätten. In Wirklichkeit haben sie diese erst dort eingeführt. Die früheren Bürgermeister wurden in Pension geschickt und Nationalsozialisten an ihre Stelle gesetzt. Führer der Nazis in Koburg ist ein gewisser Schwede, der zu den Nazis ging, als er wegen beruflicher Unfähigkeit vom früheren Magistrat entlassen werden sollte. Heute ist dieser Mann Erster Bürgermeister Koburgs. Schwede münzt den „billigen Jakob“. Deshalb ist es notwendig, zu zeigen, was er wirklich verdient.

Schwedes Tätigkeit wird bezahlt mit seinem Maschinenmeistergehalt von 460 M. im Monat, dazu kommt freie Wohnung, Verpflegung und Heizung im Werte von 100 M. monatlich und 120 M. Aufwandsentschädigung im Monat. Außerdem ist der Mann besonderer Landtagsabgeordneter und erhält als solcher 405 M. Aufwandsentschädigung im Monat.

Das sind zusammen 1065 M. im Monat.

Zweiter Bürgermeister ist der frühere Rechtsanwalt Faber, Selbstverpflichteter Nationalsozialist. Er erhält als Gehalt 9000 M. im Jahr, dazu noch ein Wohnungsgeld von 1080 M. Offiziell verleiht, daß er auf Pension keinen Anspruch habe. In seinem Dienstvertrag ist der Beginn seines pensionsfähigen Dienstalters auf das Jahr 1921 festgelegt worden.

Das sind nur einige Richtigstellungen gegenüber dem Koburger Nazi-schwindel. Wähler und Wählerinnen! Sorat am kommenden Sonntag, daß Preußen von solchen Faschistenregiment bewahrt bleibt.

### Wählt Liste 1: Braun-Evering

# Keine Auflösung des Reichsbanners

## Verlogene Behauptungen der Segner

Die Reichspressen setzen ihre Feindschaft gegen das Reichsbanner fort. Trotzdem wird die republikanische Organisation nicht aufgelöst werden. Unter anderem greift die Reichspressen den „Leitenden Führer“ an — eine kleine Broschüre, die seit längerer Zeit im Buchhandel käuflich ist. Demgegenüber weist das Reichsbanner darauf hin, daß diese Broschüre vor ihrer Verbreitung sämtlichen deutschen Regierungen und zwar auch dem Reichswehr- und Reichsinnenministerium vorgelegen hat, ohne auch nur von einer Seite beanstandet worden zu sein. Die Behauptung, daß das Waldenburger Reichsbanner mit Spaten und Beilspaten ausgerüstet worden sei, beruhe darauf, daß seinerzeit infolge der Sowjettagefahr der Oberpräsident selbst die Ausrüstung gewöhnlich habe. Mit den „Antifaschistischen Schutzstaffeln“ habe das Reichsbanner niemals etwas zu tun gehabt.

Das Reichsbanner weist weiter darauf hin, daß seine Organisation während des Reichspräsidentenwahlkampfes Saalschutz für den Reichsanwalt, für die Reichs- und Staats-

## Der Cochemer Berg abgefürzt

Am Dienstagabend gegen 23 Uhr sind etwa 10 000 Kubikmeter des Cochemer Berges mit donnerndem Getöse, das weit über Cochem zu hören war, abgefürzt.

Die Schreinerei Koettgen ist von den Gesteinsmassen weggeschleift worden, die Röhrlungen sind zertrümmert, die Straßen meterhoch von Geröll bedeckt und jeglicher Verkehr auf der Provinzialstraße ist unmöglich geworden. Die Schuttmassen sind bis in die Wälder gefallen. Ein großer Teil der Einwohner-schaft von Cochem ist trotz der späten Stunden noch auf den Beinen, um die Naturkatastrophe mit anzusehen. Von der Cochemer Seite her versucht man, mit Schweißperlen das völlig im Dunkeln liegende Gelände zu erhellen. Der Berg-rutsch dauerte am Mittwoch noch an. Ob Menschenleben zu Schaden gekommen sind, ist noch unbekannt. Ueber die Höhe des angerichteten Schadens ist noch jeder Lebenslied unmöglich. Die anliegenden Weinberge sind völlig zerstört.

## Zuchthaus für Brandstifter

Das Schourgericht in Dortmund verurteilte den 34jährigen Mechaniker Glade zu 3 Jahren Zuchthaus, den 20jährigen Schlosser Frigge zu 2 Jahren Zuchthaus und den 25jährigen Klempner Frigge zu 3 Jahren 6 Monaten Zuchthaus.

Glade, der in Hamm eine Fahrradhandlung betrieb, befand sich in Zahlungsschwierigkeiten. Mit seinen Vettern, den Brüdern Frigge, kam er überein, die Werkstatte in Brand zu legen, um sich dann durch die Versicherungssumme von allen Verbindungen zu befreien. In der Nacht zum 16. November d. J. legten die Brüder Frigge auf Geheiß Glades den Brand an. Durch das Feuer gerieten drei Leute, die in dem Gebäude schliefen, in höchste Lebensgefahr.

minister, sowie auf Veranlassung der Hindenburg-Ausschüsse für den Landvolksführer Gerete, den Volksparteiler von Kardorf, den Minister Schlangens-Edinghoven und den Volkskonservativen von Westarp geleistet hat. Einmal habe das Reichsbanner sogar in einer Versammlung des Jungdeutschen Ordens auf Anforderung als Saalgeschütz einspringen müssen. Das gleiche gelte auch für Veranstaltungen der „Vollfront“. Drei Tote und Hunderte von Verletzten — im Sa Berlin allein 112 — gäben Zeugnis von dem Opfermut, mit dem das Reichsbanner während der Wahl seine Pflicht als Zeitfreiwilliger der Republik erfüllt habe.

Uebrigens wird der Brief des Reichspräsidenten an Minister Gnoener erst nach der Rückkehr des Reichsanwalters aus Genf beantwortet werden. Bräutigam dürfte jedoch kaum vor Sonntag nach Berlin zurückkehren. Falls sein Rückkehr auch bis dahin noch nicht möglich ist, wird er sein Wahlrecht in der kleinen preussischen Enklave Althagen am Bobensee ausüben.

## Wahl in Moskau

Sitte der Entrechteten — Nieder mit dem Bourgeois — Ab-stimmung durch Handauflegen — Mit Waff und Feuerwe-

„Wahl-Karneval“ in Moskau um 7 Uhr abends, Sammel-punkt dort und dort — liegt am Anschlagort der Fabrik. Und am Vorabend der Neuwahlen für die Stadt-Sowjets Moskaus wird die Wahltagung vieler Wochen, die mehrere tausend Betriebs-fabrik- und Betriebsämter ausfüllt hat, getränkt durch einen Karneval- und Arbeitsfestzug ziehen Arbeiter und Angestellte zu Laufenden und Zehntausenden, farbige geordnet mit Orchestern, Fahnen, Bannern, roten Stoffbändern mit Wahlen, „Für die Industrialisierung“, „Nieder mit den Großbauern“, „Für die Lösung des Entereitrag“, „Nieder mit dem Bourgeois“, „Alle Macht den Arbeitern“ usw.) durch die Haupt-strassen Moskaus, zum prächtig illuminierten Sitz der Stadt-Sow-jets. Bunte lebensgroße Figuren werden im Zuge mitgeführt: Spottfiguren der Bürger, des Popen, des Großbauern. Soldaten-gruppen marschieren zwischen den Arbeitern, Kommunisten, Ab-stellungen erscheinen hoch zu Ross, Palastus mit Woiwoden sind dazwischen — alles wackelt, marschiert, singt, ruft zwischen den Leuch-tenden Fahnen. Hier und da sticht der Zug: von einem Volk-grüßig irgend eine Sowjetwundertrager die Arbeitermasse und fordert sie auf, durch die Wahl ihren Willen zur Macht auszusprechen. Ober-seit ein findet an einer Ecke ein bräunlicher Redner: „Grüße von der Arbeiterschaft Moskaus; bei uns war 95 Prozent Wahlteilnah-me, macht's eben!“ — „Grüße der Arbeiter von Charlow“ . . . „von Seningrab“ usw.

„So beginnt die Wahlzeit in Moskau, die ziemlich lange dauert, da faktischweise an verschiedenen Tagen gewählt wird. Nach den Klassen-Abgeordneten des Sowjetrates sind nur Proprietäre, Ar-beiter und Angestellte wahlberechtigt. Und nicht einmal alle Ar-beiter und Angestellte! Wodennalng haben Wahlkommissionen in Häusern, Fabriken und Firmen geprüft und geteilt; wer „bürger-lichen“ Berufs ist, wurde auf die Liste der „Entrechteten“ gestellt, und auch wer jemals „bürgerliches Element“ früher gewesen ist. Überall sieht man jetzt in den Geschäften und Büros Listen hängen. Das Wahlrecht ist entzogen: 1. A. J. Michailow — ehemaliger Kaufmann . . . und dann geht es weiter: ehemaliger Bankbesitzer, ehemals Hausbesitzer, Zähler, Schlosser, Fuhrmann — kurzum, auch wer, längst verarmt und proletarisiert, heute als Angestellter ar-beitet und leben — weil man noch nie so garfichtig hat wie dies-mal — kampflos gegen die Revolution, selbständig war oder Angestell-ter, Schlichter, Geßler oder sonstige Büßstrafe hatte. Ost wird die „Entrechtung“ sogar ausgesprochen, weil der Vater Hauseigentümer oder Fuhrherr gewesen ist!

Die so „ernannte“ Masse der Wähler macht dann in den Fabriken

eine Halle von Wahlversammlungen durch, wo Parteileute und sonstige „zuverlässige Proprietäre“ über Erfolge und Ergebnisse der bisherigen Sowjetarbeit berichten, mo auch — ein unerschöpfliches Reservoir aller Mißstände — der Arbeiter selbst in der Diskussion auf Mängel hinweisen und Beschwerden vorbringen kann. Nach bewährtem Rezept geben von den Parteigenossen gestellten Ver-sammlungsleiter alle Mißstände offen zu — und empfehlen dann, gerade wegen der bisherigen Mängel, nun eben gute und tüchtige Vertreter in die Sowjets zu wählen. Die Wahl selbst erfolgt nach Vorleistung eines Kandidatenliste (die das Wahlkomitee unter beherrschendem Einfluß der Parteigenossen aufgestellt hat) gleichfalls in offener Versammlung durch einfaches Handauflegen. Die Annahme der Listen erfolgt „einstimmig“ oder „mit Mehrheit“ (die die Versam-mlungsleitung ohne Mühen nach Augenblick feststellt) — gewöhn-lich übrigens wirklich einstimmig: denn wer wird Schikanen und Entlassung riskieren, die unermesslich wären, wenn er zwischen allen Arbeiterskammern und unter den Augen der Parteigenossen-Mitglieder im kleinen Saal stehend durch Nichterheben der Hand zweifels für andere, aussichtslose Kandidaten demonstrierte?

Die Wahlen in Moskau, Moskau, bei denen nur eine Bewässerungsklasse — und nur deren eckste Urmittelglieder — wählt, bei denen die Wahl öffentlich in kleinen Gruppen vor sich geht — haben mit „Wahlen“ im demokratischen Sinne nichts gemein, außer dem Namen. Sie sind eine Schein-Willensäußerung in vorgeschrie-benen Bahnen; sie werden mit gutem Beden von Parteiführern und Wahlprüferen begleitet. In größeren Fabriken pflegt sogar zur Wahlversammlung ein Orchester zu erscheinen und die obligate, ein-stimmige Annahme der Kandidatenliste mit einem Tusch zu begleiten; der große Arbeiterzug zu Beginn verdient seinen Namen „Wahl-Karneval“! Wollt ihr euch nicht freuen, daß ihr wieder einmal zu den Sowjets wählen dürft? — Ihr müßt euch freuen. . . Wuff! Wuff! Wuff! Wuff! Illumination! Feuerwerk! Tusch!

## Karl Marx — Kataster für Erbschaftsteuer

Das „Kapital“ ein mißverstandenes Buch. — Das abnunglose

Senators-Kollegium — Professor Hildebrandts Urteil. — Die Rus-lands Sowjetpräsident ein reicher Mann werden sollte.

In Moskau wurde neben das sechsjährige Jubiläum der Ueber-gebung des „Kapital“ von Karl Marx ins Russische gefeiert. Diese erste Uebersetzung kamme zum Teil aus der Feder des bekannten russischen Revolutionärs Gernann Lopatin. Das Buch wurde von Nikolai Danielson, einem Angehörten der tschechisch-russischen Reichs-danz, vollständig übertragen. Marx selbst interessierte sich für diese Arbeit sehr und gab Lopatin persönliche Anweisungen, die in der russischen Erstausgabe auch enthalten sind. Ursprünglich wollte Marx sogar den ersten Teil des „Kapital“ umarbeiten, um ihn den russi-schen Lesern zugänglich zu machen. „Es ist eine Ironie des Schi-

als“, so schrieb er im Vorwort zur russischen Ausgabe, „daß die erste Uebersetzung des „Kapital“ in eine fremde Sprache gerade in dem Lande zustande kommt, das unter allen europäischen Ländern am wenigsten kapitalistisch ist.“ In einem Zeitungsartikel erklärte er weiter, daß sich die russische arbeitskräftige Jugend zwar für seine Theorien interessierte, was sie aber nicht hinderte, ihnen in der Praxis entgegenzutreten.

Demgegenüber ist die Stellungnahme der russischen Senjur. Eine Kommission von Senjoren äußerte sich über das Buch wie folgt: „Obwohl der Schreiberling Marx ein ausgeprägter Sozialist zu sein scheint, ist ein Verbot des Buches nicht nötig, weil es so un-verständlich geschrieben und in eine derartig streng mathematische Form gekleidet ist, daß es von der Öffentlichkeit nicht gelesen werden wird.“ Von den russischen Wirtschaftspolitikern wurde das bedeutende Wert des deutschen Gelehrten mit aller Vorliebe beurteilt. Professor Hildebrandt, der Vater des späteren Volksministers, sah in dem Buch nichts anderes als einen Aufwurf zur Riederherstellung des be-ziehenden politischen Systems in der ganzen Welt. Eine Moskauer Zeitung erzählt anlässlich des Jubiläums eine hübsche Anekdote: Als Kainin, heute einer der Führer in der Sowjetregierung, vor 30 Jahren von der Polizei wegen politischer Unruhe verhaftet wor-den war, erschien sein Onkel, ein biederer Kaufmann, bei dem er damals wohnte, auf dem Polizeirevier und fragte: „Warum hat man meinen Neffen verhaftet? Er ist ein fleißiger Junge und hat nur den einen Fehler, daß er zuviel liest. Aber er beschäftigt sich mit lauter nützlichen Büchern, vor allem mit einem Werk, das den Titel „Das Kapital“ trägt. Ist das nicht die beste Bestürze für einen jungen Menschen, der einmal ein reicher Mann werden soll?“

## Neue Filme in Halle

### Quo vadis

(E. J. Schauburg)

Um es gleich vorne zu sagen: Dieser Film ist nicht für schwache Nerven! Was die Regie an Sentimentalen und Tränen anbietet, ist 2. u. 3. u. 4. u. 5. u. 6. u. 7. u. 8. u. 9. u. 10. u. 11. u. 12. u. 13. u. 14. u. 15. u. 16. u. 17. u. 18. u. 19. u. 20. u. 21. u. 22. u. 23. u. 24. u. 25. u. 26. u. 27. u. 28. u. 29. u. 30. u. 31. u. 32. u. 33. u. 34. u. 35. u. 36. u. 37. u. 38. u. 39. u. 40. u. 41. u. 42. u. 43. u. 44. u. 45. u. 46. u. 47. u. 48. u. 49. u. 50. u. 51. u. 52. u. 53. u. 54. u. 55. u. 56. u. 57. u. 58. u. 59. u. 60. u. 61. u. 62. u. 63. u. 64. u. 65. u. 66. u. 67. u. 68. u. 69. u. 70. u. 71. u. 72. u. 73. u. 74. u. 75. u. 76. u. 77. u. 78. u. 79. u. 80. u. 81. u. 82. u. 83. u. 84. u. 85. u. 86. u. 87. u. 88. u. 89. u. 90. u. 91. u. 92. u. 93. u. 94. u. 95. u. 96. u. 97. u. 98. u. 99. u. 100. u. 101. u. 102. u. 103. u. 104. u. 105. u. 106. u. 107. u. 108. u. 109. u. 110. u. 111. u. 112. u. 113. u. 114. u. 115. u. 116. u. 117. u. 118. u. 119. u. 120. u. 121. u. 122. u. 123. u. 124. u. 125. u. 126. u. 127. u. 128. u. 129. u. 130. u. 131. u. 132. u. 133. u. 134. u. 135. u. 136. u. 137. u. 138. u. 139. u. 140. u. 141. u. 142. u. 143. u. 144. u. 145. u. 146. u. 147. u. 148. u. 149. u. 150. u. 151. u. 152. u. 153. u. 154. u. 155. u. 156. u. 157. u. 158. u. 159. u. 160. u. 161. u. 162. u. 163. u. 164. u. 165. u. 166. u. 167. u. 168. u. 169. u. 170. u. 171. u. 172. u. 173. u. 174. u. 175. u. 176. u. 177. u. 178. u. 179. u. 180. u. 181. u. 182. u. 183. u. 184. u. 185. u. 186. u. 187. u. 188. u. 189. u. 190. u. 191. u. 192. u. 193. u. 194. u. 195. u. 196. u. 197. u. 198. u. 199. u. 200. u. 201. u. 202. u. 203. u. 204. u. 205. u. 206. u. 207. u. 208. u. 209. u. 210. u. 211. u. 212. u. 213. u. 214. u. 215. u. 216. u. 217. u. 218. u. 219. u. 220. u. 221. u. 222. u. 223. u. 224. u. 225. u. 226. u. 227. u. 228. u. 229. u. 230. u. 231. u. 232. u. 233. u. 234. u. 235. u. 236. u. 237. u. 238. u. 239. u. 240. u. 241. u. 242. u. 243. u. 244. u. 245. u. 246. u. 247. u. 248. u. 249. u. 250. u. 251. u. 252. u. 253. u. 254. u. 255. u. 256. u. 257. u. 258. u. 259. u. 260. u. 261. u. 262. u. 263. u. 264. u. 265. u. 266. u. 267. u. 268. u. 269. u. 270. u. 271. u. 272. u. 273. u. 274. u. 275. u. 276. u. 277. u. 278. u. 279. u. 280. u. 281. u. 282. u. 283. u. 284. u. 285. u. 286. u. 287. u. 288. u. 289. u. 290. u. 291. u. 292. u. 293. u. 294. u. 295. u. 296. u. 297. u. 298. u. 299. u. 300. u. 301. u. 302. u. 303. u. 304. u. 305. u. 306. u. 307. u. 308. u. 309. u. 310. u. 311. u. 312. u. 313. u. 314. u. 315. u. 316. u. 317. u. 318. u. 319. u. 320. u. 321. u. 322. u. 323. u. 324. u. 325. u. 326. u. 327. u. 328. u. 329. u. 330. u. 331. u. 332. u. 333. u. 334. u. 335. u. 336. u. 337. u. 338. u. 339. u. 340. u. 341. u. 342. u. 343. u. 344. u. 345. u. 346. u. 347. u. 348. u. 349. u. 350. u. 351. u. 352. u. 353. u. 354. u. 355. u. 356. u. 357. u. 358. u. 359. u. 360. u. 361. u. 362. u. 363. u. 364. u. 365. u. 366. u. 367. u. 368. u. 369. u. 370. u. 371. u. 372. u. 373. u. 374. u. 375. u. 376. u. 377. u. 378. u. 379. u. 380. u. 381. u. 382. u. 383. u. 384. u. 385. u. 386. u. 387. u. 388. u. 389. u. 390. u. 391. u. 392. u. 393. u. 394. u. 395. u. 396. u. 397. u. 398. u. 399. u. 400. u. 401. u. 402. u. 403. u. 404. u. 405. u. 406. u. 407. u. 408. u. 409. u. 410. u. 411. u. 412. u. 413. u. 414. u. 415. u. 416. u. 417. u. 418. u. 419. u. 420. u. 421. u. 422. u. 423. u. 424. u. 425. u. 426. u. 427. u. 428. u. 429. u. 430. u. 431. u. 432. u. 433. u. 434. u. 435. u. 436. u. 437. u. 438. u. 439. u. 440. u. 441. u. 442. u. 443. u. 444. u. 445. u. 446. u. 447. u. 448. u. 449. u. 450. u. 451. u. 452. u. 453. u. 454. u. 455. u. 456. u. 457. u. 458. u. 459. u. 460. u. 461. u. 462. u. 463. u. 464. u. 465. u. 466. u. 467. u. 468. u. 469. u. 470. u. 471. u. 472. u. 473. u. 474. u. 475. u. 476. u. 477. u. 478. u. 479. u. 480. u. 481. u. 482. u. 483. u. 484. u. 485. u. 486. u. 487. u. 488. u. 489. u. 490. u. 491. u. 492. u. 493. u. 494. u. 495. u. 496. u. 497. u. 498. u. 499. u. 500. u. 501. u. 502. u. 503. u. 504. u. 505. u. 506. u. 507. u. 508. u. 509. u. 510. u. 511. u. 512. u. 513. u. 514. u. 515. u. 516. u. 517. u. 518. u. 519. u. 520. u. 521. u. 522. u. 523. u. 524. u. 525. u. 526. u. 527. u. 528. u. 529. u. 530. u. 531. u. 532. u. 533. u. 534. u. 535. u. 536. u. 537. u. 538. u. 539. u. 540. u. 541. u. 542. u. 543. u. 544. u. 545. u. 546. u. 547. u. 548. u. 549. u. 550. u. 551. u. 552. u. 553. u. 554. u. 555. u. 556. u. 557. u. 558. u. 559. u. 560. u. 561. u. 562. u. 563. u. 564. u. 565. u. 566. u. 567. u. 568. u. 569. u. 570. u. 571. u. 572. u. 573. u. 574. u. 575. u. 576. u. 577. u. 578. u. 579. u. 580. u. 581. u. 582. u. 583. u. 584. u. 585. u. 586. u. 587. u. 588. u. 589. u. 590. u. 591. u. 592. u. 593. u. 594. u. 595. u. 596. u. 597. u. 598. u. 599. u. 600. u. 601. u. 602. u. 603. u. 604. u. 605. u. 606. u. 607. u. 608. u. 609. u. 610. u. 611. u. 612. u. 613. u. 614. u. 615. u. 616. u. 617. u. 618. u. 619. u. 620. u. 621. u. 622. u. 623. u. 624. u. 625. u. 626. u. 627. u. 628. u. 629. u. 630. u. 631. u. 632. u. 633. u. 634. u. 635. u. 636. u. 637. u. 638. u. 639. u. 640. u. 641. u. 642. u. 643. u. 644. u. 645. u. 646. u. 647. u. 648. u. 649. u. 650. u. 651. u. 652. u. 653. u. 654. u. 655. u. 656. u. 657. u. 658. u. 659. u. 660. u. 661. u. 662. u. 663. u. 664. u. 665. u. 666. u. 667. u. 668. u. 669. u. 670. u. 671. u. 672. u. 673. u. 674. u. 675. u. 676. u. 677. u. 678. u. 679. u. 680. u. 681. u. 682. u. 683. u. 684. u. 685. u. 686. u. 687. u. 688. u. 689. u. 690. u. 691. u. 692. u. 693. u. 694. u. 695. u. 696. u. 697. u. 698. u. 699. u. 700. u. 701. u. 702. u. 703. u. 704. u. 705. u. 706. u. 707. u. 708. u. 709. u. 710. u. 711. u. 712. u. 713. u. 714. u. 715. u. 716. u. 717. u. 718. u. 719. u. 720. u. 721. u. 722. u. 723. u. 724. u. 725. u. 726. u. 727. u. 728. u. 729. u. 730. u. 731. u. 732. u. 733. u. 734. u. 735. u. 736. u. 737. u. 738. u. 739. u. 740. u. 741. u. 742. u. 743. u. 744. u. 745. u. 746. u. 747. u. 748. u. 749. u. 750. u. 751. u. 752. u. 753. u. 754. u. 755. u. 756. u. 757. u. 758. u. 759. u. 760. u. 761. u. 762. u. 763. u. 764. u. 765. u. 766. u. 767. u. 768. u. 769. u. 770. u. 771. u. 772. u. 773. u. 774. u. 775. u. 776. u. 777. u. 778. u. 779. u. 780. u. 781. u. 782. u. 783. u. 784. u. 785. u. 786. u. 787. u. 788. u. 789. u. 790. u. 791. u. 792. u. 793. u. 794. u. 795. u. 796. u. 797. u. 798. u. 799. u. 800. u. 801. u. 802. u. 803. u. 804. u. 805. u. 806. u. 807. u. 808. u. 809. u. 810. u. 811. u. 812. u. 813. u. 814. u. 815. u. 816. u. 817. u. 818. u. 819. u. 820. u. 821. u. 822. u. 823. u. 824. u. 825. u. 826. u. 827. u. 828. u. 829. u. 830. u. 831. u. 832. u. 833. u. 834. u. 835. u. 836. u. 837. u. 838. u. 839. u. 840. u. 841. u. 842. u. 843. u. 844. u. 845. u. 846. u. 847. u. 848. u. 849. u. 850. u. 851. u. 852. u. 853. u. 854. u. 855. u. 856. u. 857. u. 858. u. 859. u. 860. u. 861. u. 862. u. 863. u. 864. u. 865. u. 866. u. 867. u. 868. u. 869. u. 870. u. 871. u. 872. u. 873. u. 874. u. 875. u. 876. u. 877. u. 878. u. 879. u. 880. u. 881. u. 882. u. 883. u. 884. u. 885. u. 886. u. 887. u. 888. u. 889. u. 890. u. 891. u. 892. u. 893. u. 894. u. 895. u. 896. u. 897. u. 898. u. 899. u. 900. u. 901. u. 902. u. 903. u. 904. u. 905. u. 906. u. 907. u. 908. u. 909. u. 910. u. 911. u. 912. u. 913. u. 914. u. 915. u. 916. u. 917. u. 918. u. 919. u. 920. u. 921. u. 922. u. 923. u. 924. u. 925. u. 926. u. 927. u. 928. u. 929. u. 930. u. 931. u. 932. u. 933. u. 934. u. 935. u. 936. u. 937. u. 938. u. 939. u. 940. u. 941. u. 942. u. 943. u. 944. u. 945. u. 946. u. 947. u. 948. u. 949. u. 950. u. 951. u. 952. u. 953. u. 954. u. 955. u. 956. u. 957. u. 9

# Preußen wieder „preußisch“?

## Nie wieder Junkerpreußen gegen Arbeiterrechte!

**Hitler und Hugenberg wollen, daß Preußen wieder „preußisch“ werde!**

Nun, es war preußisch, daß weite Kreise der schaffenden Bevölkerung überhaupt kein Arbeiterrecht besaßen. Was bis zum Jahre 1913 vorhanden war, das hatten die Gewerkschaften und die Sozialdemokratische Partei dem preußischen Junkerstaat in harten Kämpfen abgerungen. In einer Broschüre des Deutschen Landarbeiterverbandes schrieb Fritz Faab noch im Jahre 1913:

„Das heutige Arbeiterrecht ist grenzlich zerrissen, von einer einheitlichen Regelung sind wir weit entfernt. Alle bürgerlichen Rechtsmaterien sind peinlich geordnet; das Arbeiterrecht dagegen ist zerstückelt in die reichsgesetzlichen Bestimmungen des Handelsgesetzbuches, der Gewerbeordnung, der Seemannsordnung, des Binnen-schiffahrts- und Flößereigesetzes und die einzelstaatlichen Bestimmungen über den Arbeitsvertrag der Bergarbeiter. Die Verhältnisse der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter und des Gesindes unterliegen teils den Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches über den Dienstvertrag, 44 einzelstaatliche Gesindeordnungen und einer Reihe von Polizei- und Strafgesetzen.“

**Die Landarbeiter hatten bis zum Jahre 1918 nicht das Recht, sich zusammenzuschließen,**

um die Rücksichtslosigkeiten der Gutsbesitzer abzuwehren.

Im § 2 der Gesindeordnung hieß es ausdrücklich: „Gesinde und Dienstkleute, welche die Arbeitgeber oder die Obrigkeit zu gewissen Handlungen oder Zuständen dadurch zu bestimmen suchen, daß sie die Einstellung der Arbeit oder die Verhinderung derselben bei einzelnen oder mehreren Arbeitgebern verabreden, oder zu einer solchen Verabredung andere auffordern, haben Gefängnisstrafe bis zu einem Jahre verwirkt.“ Der preußische Staat von einst entschied sich auf der Seite der Besitzenden gegen die schaffende Bevölkerung.

**Mit Haftstrafe bis zu 6 Wochen wurden Dienstboten bedroht,** die mit der gewöhnlichen Speisung, die sie von den Gutsbesitzern erhielten, nicht zufrieden waren. Noch im Jahre 1911 wurde in den Verträgen (Domäne Colbdingen, Kreis Hannover) festgelegt: „Kein auf der Domäne Colbdingen beschäftigter Arbeiter darf einem sozialdemokratischen Verein oder Verband angehören. Ist er Mitglied eines solchen, muß er sofort anstreben bei Strafe der sofortigen Entlassung. Sozialdemokratische Zeitungen dürfen weder gehalten noch gelesen werden.“ In anderen Verträgen (Deconomierat Jakob Schäfer-Wanzleben) wurde bestimmt:

„Der Knecht darf die auf dem Acker gebauten Kartoffeln und Erzeugnisse nur nach vorher eingeholter Genehmigung des Arbeitgebers ernten. Solange die Genehmigung nicht erteilt ist, hat der Arbeiter nicht das Recht, die auf dem Acker gebauten Garten- und anderen Erzeugnisse, und zwar sowohl die stehenden als auch die geernteten, für sich zu beanspruchen.“

Dabei handelte es sich um Lohn und Deputat, das der Arbeiter für seine Arbeitskraft zu verlangen hatte.

Nach der Gesindeordnung wurden Arbeitsverträge abgeschlossen, nach der die Arbeitszeit unbegrenzt war. Waren im Vertrage keine besonderen Vereinbarungen getroffen, dann richtete sich die Länge der Arbeitszeit nach „Übung am Leistungsort“; wenn diese nicht bestand richtete sich die Länge der Arbeitszeit nur nach dem Willen der Herrschaft.

Auch bei Akkordlohn mußte der Arbeiter so lange arbeiten, wie es der Dienstherr verlangte; ein Anspruch auf Ueberstundenbezahlung bestand natürlich nicht.

In Zivilprozessen um Arbeitslohn und Deputat entschieden die preußischen Gerichte fast immer zugunsten der Arbeiter. Die Gerichte brachten es fertig, Urteile zur Entlassung anzuerkennen, die dem Arbeitgeber erst nach der Entlassung bekannt wurden! Es gab sogar Entlassungsgründe, die sich erst nach der Entlassung überhaupt ereignen konnten.

Angewandte Beleidigungen der Inspektoren, Verweigerung der Arbeit an einem Feiertag, Verweigerung von Ueberstunden und unüberlegte Redensarten waren alles Gründe, die die Gerichte bei Entlassungen für stichhaltig erklärten.

Fritz Faab führt in seiner Broschüre „Die Rechtsverhältnisse der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter Deutschlands“ vom Jahre 1913 zahlreiche Fälle des begangenen Unrechts an: Er berichtet z. B. von einer Klage vor dem Landgericht in Kiel. Ein Landarbeiter auf einem hoffmeisterlichen Gute war entlassen worden, weil er sich weigerte, bei der Dreschmaschine länger als bis 6 Uhr abends zu arbeiten. Das Landgericht in Kiel gab der Klage des Besitzers am 28. März 1912 statt. Es entschied, der Kläger habe nach dem Zeugnis des Inspektors mit letzterem vereinbart, daß beim Einfahren bis 7 Uhr abends gearbeitet werden müsse. Der Inspektor habe weiter bekundet, daß nach seiner Auffassung das Dreschen aus der Höhe dem Einfahren gleichzustellen sei.

**Und das Gericht urteilte hiernach:**

„Mag dieses auch nicht ausdrücklich vereinbart sein, so muß doch aus der Lage der Sache geschlossen werden, daß das Dreschen dem Einfahren gleichzustellen ist, weil es in beiden Fällen sich darum handelt, das Korn vom

Felde und unter Dach zu bringen.“ Die widersprechenden Zeugenaussagen hat das Gericht einfach beiseite geschoben: „In Rücksicht auf die Interessiertheit der Zeugen, die ebenso wie der Beklagte sich gewiegert haben, über 6 Uhr hinaus zu arbeiten, und in Rücksicht ferner darauf, daß die Aussage des Inspektors der natürlichen Sachlage entspricht, hat das Gericht den Aussagen dieser beiden Zeugen nicht den Wert beigelegt, um die Aussagen des Inspektors entkräften zu können.“ Es schloß nur noch die Meinungsäußerung gegen die Landarbeiter, die hier ohne Erfolg um ihr Recht kämpften.

Ein anderer Landarbeiter wurde entlassen, weil er zwei Tage länger weg war, darunter einen Feiertag, als er Urlaub hatte. Bei der Entlassung durch den Verwalter sagte er, es sei gut, von einer solchen Schinderei loszukommen. Neben der unerlaubten Verjämmerung hieß das Landgericht in seinem Urteil vom Jahre 1912 die letztere Bemerkung allein für ausreichend, die Entlassung zu begründen. In dieser Äußerung sei nicht nur eine Achtungsverletzung, sondern auch eine unzweideutige Erklärung des Arbeiters zu finden, daß er mit der sofortigen Auflösung des Arbeitsverhältnisses einverstanden sei!

Das war das Recht der Arbeiter in Vorkriegszeit! Wohl sind heute auch noch Mängel vorhanden, wohl werden manchmal noch ungerechte Entscheidungen gefällt.

**Aber der neue Staat billig Ungechtigkeiten nicht, er will sie nicht** — im Gegensatz zum früheren preußischen Staat, den die Herren Hugenberg, Seidte und Hitler wieder haben wollen!

## Ostelbische Wirtschaft!

Am 23. November 1906 hielt der Gewerkschaftsführer Legien im Reichstag eine scharfe Anklage gegen die Ausbeutung und Mißhandlung des schaffenden Landvolkes. Er zeigte, wie es um die Verhältnisse im preußischen Staat stand, den Hugenberg und Hitler wieder herbeiführen wollen. Legien sagte: „Ja, meine Herren, wie lange soll denn diese ostelbische Wirtschaft noch weitergehen? Wann soll denn endlich einmal mit diesen ostelbischen Grundbesitzern gebrochen werden? Woher kommt es denn, daß unsere ostelbischen Landarbeiter auf einer so niedrigen Kulturstufe stehen? Wie kommt es, daß sie förmlich

**wie das liebe Vieh zum Arbeiten getrieben werden?** Woher kommt es? Weil man sie in ihrer

Lebenshaltung noch tiefer stellt als das Vieh und weil unsere preußische Regierung und hier auch die verbündeten Regierungen die Hand dazu bieten, einen derartigen Zustand gewaltsam und durch Vorenthaltung der natürlichen Rechte aufrechtzuerhalten.

Legien forderte für das schaffende Landvolk vom Reich und vor allem von der preußischen Regierung das Koalitionsrecht, d. h. jenes Recht, sich in freibewilligen Verbänden zu organisieren und gemeinsam für Verbesserung der Lebenslage zu kämpfen. Der preußische Staat, den Hugenberg wiederhaben will, hat aber der Arbeiterschaft freiwillig keinerlei Rechte eingeräumt.

**Erst nach dem Zusammenbruch des Systems im Jahre 1918 gelang es, das größte Unrecht zu beseitigen.**

## Otto Brauns Ehrentitel!

Der preußische Ministerpräsident Otto Braun hat mit seiner Politik, die dem Volkswohl und dem Volksganzen dient, gezeigt, daß die Junkerherrschaft in Preußen vorüber ist und auf alle Zeiten vorüber sein muß. Als er in den Jahren 1918 und 1919 als preußischer Landwirtschaftsminister von den Junkern bestig angegriffen wurde, hat er gegen sie Sätze geschleudert, die seiner späteren Arbeit auch als Ministerpräsident Preußens immer voranleuchteten. Er trat für die Landarbeiterschaft ein, wie er für alle schaffenden Bevölkerungskreise nach besten Kräften die Staatsmacht einsetzte. Otto Braun sagte auf der Generalversammlung des Deutschen Landarbeiterverbandes im Februar 1920: „Wenn man in agrarkonservativen Kreisen für mich das Wort geprägt hat, ich sei ein Minister für die Landarbeiter, so nehme ich, wenn das auch von den Urhebern nicht so gewollt

war, es als Ehrentitel gern an. (Lebhafte Beifall.) Denn mir scheint es

**für einen Minister ehrenvoller, als Sachwalter von Millionen kleiner Bauern und Landarbeiter zu gelten, als sich zum willfährigen Werkzeug jener großagrarisches Konservativen machen zu lassen,**

durch deren Herrschsuch, Unverstand und Eigennutz das deutsche Volk mit in dieses Unglück gekommen ist. (Stürmischer Beifall.)“

So hat Otto Braun den Feinden des neuen Preußens vor zehn Jahren gesagt, wie das alte Preußen aussah.

„Preußisch regieren“ im Sinne Hugenbergs, Seidtes und Hitlers bedeutet Herrschsuch, Unverstand und Eigennutz.

**Wir aber wollen das Preußen Otto Brauns und Carl Severings**

# Wir wollen den Volksstaat Preußen!





# Und wenn sie es noch tolerer treiben: Braun und Severing müssen bleiben!

Reichsbanner-Bamagc der SPD.

Karlsruhe, 20. April.

Die badiſche kommunistiſche Landtagsfraktion zieht den Antrag auf Verbot des Reichsbanners zurück.

Zu Beginn der heutigen Vormittagsſitzung des Badiſchen Landtags verlas der Abgeordnete Wolf (Komm.) eine Erklärung, daß die Beſtätigung der SPD. Baden-Pfalz den Antrag der kommunistiſchen Fraktion betreffend Verbot des Reichsbanners uſw. als einen ſchwereren politiſchen Fehler bezeichnend und ſeine Zurückziehung veranlaßt. Abgeordneter Vorſitzer wird ſeines Poſitens als Fraktionsvorſitzender der SPD. entſchieden. (Zurufe der Sozialdemokraten: Das iſt ein ſchwarzer Tag für euch! und im Zentrum: Heil Noſtau!)

Es iſt alſo feſtzuſtellen, daß die SPD. angeſichts der ungeheuren Enttäuſchung der Arbeiterſchaft über den Antrag ſehr bald einen Rückzug antizipiert hat. An der ſchmerzlichſten Helfersrolle, die ſie gegenüber dem Faschiſmus geſpielt haben, wird dadurch nichts geändert.

Hitler, den Führer in Mord und Chaos,  
oder  
Braun und Severing,  
die Führer zu Freiheit und Aufſtieg?  
Volk, entſchiede ſelbſt!

## Noch ein „Fall Langewieſen“?

Lebe der reaſſionären Preſſe

Dresden, 19. April. (Eigenbericht.)

Die ſchlechte Redepreſſe, die angeſehen einen zweiten Fall Langewieſen ausſähen möchte, meldet aus Hausdorf, Kreis Waldenburg, daß der dortige Oberlandesgerichtspräsident bei einer Durchſuchung der Wohnung des nationalſoziaलिistischen Dr. Langewieſen zwei Reichsbanner als ſittlichſchwerer Gegenſtand habe, und daß die beiden Reichsbannerleute mit entſprechenden Ausweifen des Landrats in Waldenburg verſehen worden ſeien. Wie wir dazu erfahren, hat der Oberlandesgerichtspräsident ſeine Ermittlungen Zeugen wünfchte, den beiden Angehörigen des Reichsbanners ſelbſt poliſtelle Befugnis erteilt. Von einer Bemühung des Reichsbanners als Hilfspolizei kann demnach auch in dieſem Falle keine Rede ſein.

## Das Geſchäft mit dem Totſchlag

Ein ſindiger Metallwarenfabrikant in Gera, der die Zeichen der Zeit verſtanden hat, intereſſiert:

„Ein Artikel, der jetzt geht! Vertreter auf eigene Rechnung für Geſchäftsbekämpfung geſucht. D. R. M. 11111111 bei Parteien, Reichsbanner, Arbeiter L.S. Markt.“  
Ob der Mann nach der Rückführung der SA. viele macht? Wenn aber das ſaubere Geſchäft, die Spekulation mit Mord und Totſchlag, nach dem Einſtricken des Saites gegen die SA. nicht mehr geht, dann wird er ſicher ſagen: Die Sozialdemokratie iſt an allem ſchuld! Auch daran, daß jene Industrie nicht mehr floriert, die ſich mit der Herſtellung von Bürgerkriegswaffen beſchäftigt. Dieſen Vorwurf wollen wir dann gerne tragen, wenn es durch unser Wirken gelingen wird, den Bürgerkriegsähnlichen Zuſtänden in Deutschland ein Ende zu machen!

## „Alkohol“ und die Hindenburgwahl

Das offizielle Organ des Deutſchen Bauernvereins-Bundes, „Allgemeine Volkszeitung für die Provinz der Provinz, Kornbrennerei- und Brauereiwirtschaft“, führt den ſchönen Namen „Alkohol“. In dieſem Geiſte hat das Blatt Stellung genommen zum Wahlverſtand vom 10. April:

„Allo Herr von Hindenburg ſi unser Aufbietung einer rüſigen vom Steuerzahler gezahlten Propaganda wieder zum Reichspräsidenten gewählt worden, und zwar nach der Verfaſſung auf ſieben Jahre. Ob der Himmel damit einverstanden ſein wird, müſſen wir abwarten.“  
In dieſem „alcoholischen“ Geiſte ſind unwürdige der Wunſch geäußert, der Himmel möge ein Einſehen mit den Nationalſoziaलिistischen haben, und Hindenburg vor Ablauf ſeiner Amtszeit ſterben laſſen. Dieſer fromme Wunſch kommt von einem Organ, deſſen Beſitzer von den Großgrundbesitzern abhängig ſind. Man ſieht, in welchem Geiſte dort geſchrieben wird!

## Hoher Richter beſchimpft Hindenburg

Was in Frankfurt a. M. möglich iſt

Frankfurt a. M., 19. April. (Eigenbericht.)

Eine große Beſchimpfung des Reichspräsidenten hat ſich der Senatſpräsident Heilmann am Oberlandesgericht Frankfurt a. M. geſtellt. Dieſer Beamte der Republik, der Vorſtandsmittglied der Frankfurter Deutſchnationalen list, ſchrieb in der „Frankfurter Post“:

„Nach ſchlimmer ſind das Vorgehen der Reichsregierung gegen die ES. und SA. der Nationalſoziaलिistischen Partei. Unmittelbar nach der Wahl Hindenburgs, nachdem er gerade Anwendung des Gefehes geſchickt hat, gerichtet er die Waſſe ſeines Gegenſtandes. Die Waſſe der 85-jährigen, was er tat? Nach den Geſetzen der Natur iſt die ſelbſtändige Entſcheidungsſtärke in dieſem Greifenalter nicht mehr vorhanden. Wüſte Groener, was ſeinem Herrn vorſchick?“

## Eine Terrorausſtellung

Die Liga für Menſchenrechte eröfnet in Berlin eine „Ausſtellung gegen Terror und Gewalt“. Von den Dokumenten der Ermordung Kurt Eisners wird bis zum Vorſchauer Maniſſeſt all das Material gezeigt, das in den letzten 13 Jahren poliſtische Morde und poliſtischen Terror heraufbeſchworen und Deutſchland zu einem von der Nazibarbarei bedrohten Land gemacht hat.

## 1415000 Wohlfahrtsvereinsmitglieder in Preußen

Wie der Amtliche Preußiſche Preſſenbericht mitteilt, ſind nach der Erhebung des Preußiſchen Statiſtiſchen Landesamts vom 31. März

1932 in Preußen 1414500 von Arbeitsamt anerkannte Wohlfahrtsvereinsmitglieder (einschließlich der am 31. März 1932 ſchwebenden Anmerkungsſälle) bei den Bezirksfürſorgeveränden geſchrieben worden gegenüber 1329384 Ende Februar. Somit ergibt ſich auch im März wieder eine Zunahme um 85206 Wohlfahrtsvereinsmitglieder oder 6,4 Proz., die ſich ebenfalls ſtark mit der Steigerung im Februar (89070) und während des Vierten des Jahres im Vergleichsmonat des Vorjahres (22892) beträgt. Gegen den 31. März 1931

iſt die Wohlfahrtsvereinsmitgliederzahl um 710586 oder 100,9 Proz. geſtiegen. Auf 1000 Einwohner entfallen im Staatsdurchſchnitt jetzt 37,1 Wohlfahrtsvereinsmitglieder. 49872 Wohlfahrtsvereinsmitglieder haben in Fürſorge- oder Nothandarbeit geſtanden. Wie in den vorhergehenden Monaten iſt auch im März der Zugang an Wohlfahrtsvereinsmitgliedern in den Verbänden (mehr 9,6 Proz.) und freisorgfähiger Stätten (plus 7,3 Proz.) wieder verhältnismäßig ſtark geſtiegen als in den Stadtkreisen (plus 5,6 Proz.).

# Die dänische Lucretia Borgia

## Spiel mit dem Mord

Kopenhagen, Mitte April. (Eigenbericht.)

Die Kopenhagener Staatsanwaltschaft hat gegen ein junges, bildhübsches Mädchen, Jenny Barjen, Anklage wegen Mordverſuchs in mehreren Fällen erhoben — Dänemark — das geſchickliche Kind, in dem ſich das Verbrechen blickt, noch ſeltener als anderswo in Verbindung mit der Schönheit zeigt — iſt in heller Aufregung; die Preſſe erinnert an Jenny Barjens berühmte Vorgängerin, die ſchöne Lucretia Borgia, die vor etwa 400 Jahren einen gerechtfertigten Mord des Giftmörders ausübte; die beiden Bürger des Landes ſchütteln ſich, daß ſie nun ſolch einen Vampir ſoſagen in den eigenen Reihen haben ſollen.

Jenny Barjen hat im übrigen das letzte „Glück“ und Geſicht geſehen, um zum Ziele, das ſie aus materiellen Gründen erſtrebt, zu gelangen. Zunächst verlor ſie ſich mit Gift; ſie wurde plötzlich krank; ſuchte ihr Schlafloſigkeit; bekam vom Arzt ein Veronalrezept und verſand ſie, ſich auf dieſe Veronal in verſchiedenen Apotheken eine beträchtliche Menge von Veronal zu verſchaffen. Dann ſchritt ſie zur Ausführung ihres Planes: ſie bot ſich in Zeitungsanſtellen als Köche und Geſellſchaftlerin alleinstehender Damen an. Im letzten Fall, bei der Beſuchung der Wiſſe führte, meldete ſich eine ſchöne reiche Witwe. Barjen akzeptierte die Stelle und verſand ſich bald ausgeſtattet mit der alten Dame, die nach heute, nach der Entdeckung der Gründe dieſes „Verſehens“, nicht glauben will, daß ſich ihre ſo geübte und ſchöne Geſellſchaftlerin mit den gemeinen Mordabſichten getragen haben ſoll.

Nachdem Jenny einige Wochen ihren Geſellſchaftlerinnen-Dienst getan hatte, kündigte ſie eines Abends an, daß ſie am folgenden Tag ihren Geburtstag feiere. Dieſer private Feſtag wurde dann auch bei Kaffee und Kuchen begangen; die alte Dame ſoll recht vernünftig geweſen ſein, bis ſie — gegen Abend — plötzlich beſtaunt wurde. Jenny brachte ſie zu Bett. Zufällig kam ſpäter noch eine Verwandte vorüber, der der Schlaf der Alten und die Sorgenloſigkeit der Jungen doch nicht ganz geheuer vorkam: ſie ließ ſofort einen Arzt holen, der die Überſchuldung der Witwe in ein Krankenhaus ordnete. Hier wurde feſtgeſtellt, daß der Magen der alten Dame Veronalspuren aufwies. Man glaubte jedoch, daß die Geſtirn dieſes Schlafmittels in zu großer Quantität ſelbſt benutzt habe und erſtattete keine Anzeige. Lieberſchuldung und Verbot ſtellten ſich erſt ein, als man die Kranke wieder in ihre Wohnung gebracht hatte. Jenny Barjen war inzwischen verſchwunden und hatte alle Verſuchen mitgehen helfen. Die Polizei konnte indes die ſchöne Giftmörderin nicht finden.

Den Diebſtahl gab Jenny Barjen offen zu. Den Mordverſuch laugnete ſie erſtlich ab. Aber bei der Unterſuchung des Verſehens der Verſchwiegenen machte die Polizei recht intereſſante Feſtſtellungen. Das junge Mädchen hatte ſich öfters Stellen als Geſellſchaftlerin geſucht und immer bei alleinstehenden alten Damen. Nach eigenem Willen gab Jenny immer einige Wochen nach ihrem Dienſtantritt irgendein Feſt feierte, zu dem ſie ihre jemeilige Herrin einlud. Und noch ſeltener mutete es an, daß die alten Damen ſiets nach dieſem Feſt an Vergiftungsſymptomen erkrankten und lebedauernd während eines einen unbekanntem Titer dieſes Giftes im Haus der Kranken verweilt wurden. Da niemand auf die Vermutung kam, daß Jenny Barjen, die ſiets die Freundlichkeit ſelber gemein war und außerdem aus einer angeſehenen Familie kamme, der myſteriöſe Verbrecher ſein konnte, war ihr gefährliches Treiben lange Zeit unentdeckt geblieben.

## Dem Gedenken Otto Hues

Zehnte Wiederkehr ſeines Todestages

Am 19. April ſtarb ſich zum zehnten Male der Todestag Otto Hues, des großen Führers der Bergarbeiter. Als Hues ſtarb, herrſchte man nicht nur in den Grubenrevieren, ſondern in ganz Deutſchland auf „National und international war Hues der Wohlfahrter der Bergarbeiter, und es gab nicht viele, die ſeinen Namen nicht kannten. Die Art und Weiſe ſeiner Verhandlungsführung und das Innehalten ſeines Vortrages ließen bei den Freunden Bewunderung und bei den Gegnern Achtung und Anerkennung aus.

Den Tod Hues würdigte der damalige Reichspräsident, unſer unvergesslicher Friedrich Ebert, in einem Brief an den Bergarbeiterverband. In dieſem Schreiben heißt es u. a.: „Mit dem Verſtand der Bergarbeiter betrachte ich ſie den früheſtigen Heimgang dieſes prächtigen Mannes, in dem ich zugleich einen treuen Freund verliere. Was er in der Geſellſchaftsbewegung, inſofern für die Bergarbeiter, und auf ſozialpolitiſchem und nationalſoziaलिistischem Gebiete geleiſtet hat, ſind unergängliche Verdienſte. Me ihm neben der Gerechtigkeit ſeines Charakters und Strebens ein dauerndes ehrenvolles Andenken ſichern.“

Hues war, obwohl er als Redakteur nie formell dem Vorſtand angehörte, doch der eigentliche Verbandsführer. Heinrich Umbreit, der nach Hues die Redaktion der „Bergarbeiterzeitung“ übernahm — er wurde erſt vor kurzem vom Tode heimgesucht — hat das Leben ſeines Vorgängers in dem Buch „Über die Jahre Bergbau und Bergarbeiterarbeit“ geſchildert. „Abraham“ ſagt Umbreit, „war Hues kein Redner, er mußte zu öffentlichen Reden ſtärklich gezwungen werden. Dann aber wirkte er immer würdig durch ſeinen einfachen ſachlichen Vortrag, der mehr und mehr auch vom Temperament durchglüht wurde. Lautlos horchte man ihm im Landtag und im Reichstag wie auf den Generaſerſammlungen des Verbandes zu.“

## Geänderte Wahlzeit bei Preußenwahlen

# 8 bis 5 Uhr!

Die bauernde Anfragen zeigen, ſind ſich viele deutſche Wählerinnen und Wähler nicht darüber klar, daß bei der Wahl zum Preußiſchen Landtag am kommenden Sonntag, dem 24. April, im Gegenſatz zu den beiden Reichspräsidentenwahlen die Wahlzeit von

8 Uhr morgens bis 5 Uhr nachmittags

dauert! Aber alſo nach 5 Uhr kommt, in der Meinung, er könne, wie bei den Präsidentschaftswahlen, nach 6 Uhr ſein Wahlrecht ausüben, geht ſeiner Stimme verluſtig! Bitte merken und weitergeben: Wahlzeit am Sonntag, dem 24. April, nur von 8 bis 5 Uhr!

## Der Kampf um Wien

Wahltag auch in Deutſchösterreich

Wie Preußen und anderen deutſchen Ländern wählt auch Deutſchösterreich am 24. April. An zweien ſeiner Bundesländer ſind die Landtage zu erneuern, in zwei anderen die Gemeinderäte. Weitau die wichtigſte Wahl iſt die Entſcheidung der Wiener Wähler. Sie erinnern mit ihrem Gemeinderat zugleich ihren Landtag, da Wien als eigenes Bundesland gilt.

## Frankreichs Angeſteltete ehren Goethe

Der Gewerkschaftsbund der Angeſtelteten veranlaßt aus Anlaß des Goethe-Jubiläums vier Vorträge. Der erſte wurde am Montagabend gehalten. Der Leiter des Germaniſchen Inſtituts der Pariser Uniuerſität, Profeſſor Richterberger, ſprach über den erſten Teil des „Faust“. Der Reinertrag der Veranſtaltungen wird der Arbeitsloſenkaſſe des Verbandes zugeteilt.

## Börsen, Märkte und Handel

Berliner Getreidebörsen vom 19. April

Abgeſchwächte Stimmung

Die Berliner Getreidebörsen waren am Montag die Stimmung für die Getreidebörsen der Preußiſchen Provinzen und Fürſtenthümer ſeit ein etwas größeres Angebot an mittleren Qualitäten hervor, bei dem Kaufkraft der Wäulen nicht erſchöpfend. Untergeordnet wurde die Stimmung durch die in dieſem Markt beobachteten Zeichen. Ein großer Teil der Getreidebörsen zeigte ſich nur wenigſtens beſorgten, die nach unten wies. Der Roggenmarkt wies eine ſehr ſchwache Stimmung. Die Weizenbörsen wies ſich ſtill und ergebnislos ab. Die Getreidebörsen wies ſich ſtill ab und ergebnislos ab. Die Weizenbörsen wies ſich ſtill ab und ergebnislos ab.

|                            | 18 April    | 19 April    | (ab nächſte Station in Reich) |
|----------------------------|-------------|-------------|-------------------------------|
| Weizen                     | 203-206     | 203-204     |                               |
| Roggen                     | 190-190     | 190-190     |                               |
| Getreide und Anbaugetreide | 180-180     | 180-180     |                               |
| Kaſſe                      | 104-109     | 104-109     |                               |
| Getreidemehl               | 217-220,50  | 217-220,50  |                               |
| Getreidemehl               | 26,25-27,75 | 26,25-27,75 |                               |
| Getreidemehl               | 11,00-11,25 | 11,00-11,25 |                               |
| Getreidemehl               | 10,40-10,70 | 10,40-10,70 |                               |

## Berliner Viehmarkt

Bei gutem Angebot und geringem Angebot konnten ſich die Schweinepreise am Dienstag behaupten. Dagegen ſinken ſich am Donnerstagmorgen die Preise für die Schweine. Die Preise für die Schweine ſinken ſich am Donnerstagmorgen. Die Preise für die Schweine ſinken ſich am Donnerstagmorgen.

Auf den da König  
Ihr alle brüder  
Wer Deutſchland  
liebt wählt

**OTTO  
BRAUN**

Liste

